

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

11/2006 · 13. März 2006



## Russland

*Dmitri Stachow*

„Kalaschnikow“ und „Starke Katja“

*Lilia Shevtsova*

Bürokratischer Autoritarismus

*Roland Götz*

Deutschland und Russland – „strategische Partner“?

*Jutta Scherrer*

Russlands neue-alte Erinnerungsorte

*Eva-Maria Auch*

Mythos Kaukasus

## Editorial

Nach der Auflösung der Sowjetunion vor fast 15 Jahren ist Russland, der größte Nachfolgestaat des Imperiums, zum strategischen Partner des Westens geworden. Die Russische Föderation, so der offizielle Staatsname, hat in diesem Jahr den Vorsitz der G 8 inne. Beim „War on Terror“ arbeitet Russland eng mit den USA zusammen.

Zu Bundeskanzler Gerhard Schröder pflegte Präsident Wladimir Putin eine innige Beziehung. Mit dem Amtsantritt von Angela Merkel ist größere Nüchternheit in das deutsch-russische Verhältnis eingekehrt: Die Schattenseiten der innenpolitischen Konsolidierung Russlands treten deutlicher hervor. Der Konflikt in Tschetschenien ist ungelöst. Im „System Putin“ wächst die Macht der Geheimdienste, während kritischer Journalismus behindert wird; die Zentralgewalt wird gestärkt, der Föderalismus erodiert. Die Wirtschaft boomt, aber wie krisensicher sind Demokratie und Rechtsstaat angesichts der oligarchischen Machtverteilung? Weit mehr als die Liefersicherheit von Rohstoffen steht auf dem Spiel.

Das gesellschaftliche Bewusstsein scheint der Politik voraus zu sein. In einer Umfrage des Levada-Centers in Moskau äußerten Ende vergangenen Jahres immerhin fast die Hälfte der Befragten, dass der Wohlstand vor allem von der Achtung der bürgerlichen Freiheiten abhängt, und nur zwölf Prozent stellten staatliche Interessen über die Menschenrechte. Eine starke Zivilgesellschaft ist der Garant für die Stabilisierung der Demokratie in Russland, die nach 70 Jahren Sowjetmacht gegen autoritäre Rückfälle nicht gefeit ist. Die Duma- und Präsidentenwahlen in den beiden kommenden Jahren sind wichtige Wegmarken.

*Hans-Georg Golz*

*Dmitri Stachow*

# „Kalaschnikow“ und „Starke Katja“ *Essay*

Um das Alltagsleben tiefer und vollständiger nachempfinden zu können, ist es am besten, man misst es irgendwie aus. Dabei wird sofort klar, dass es dazu besonderer Messlatten und Kriterien bedarf. Manchmal sind das rein persönliche, individuelle, die für andere oft keine Bedeutung haben. So misst

## **Dmitri Stachow**

Geb. 1954; Schriftsteller,  
Psychologe und Journalist,  
lebt in Moskau.  
glos@mnevniki.ru

etwa der Protagonist eines Romans von Robert Penn Warren die Zeit mit Zigaretten: „Das war vor soundso viel Zigarettenpackungen . . .“

Und der russische Terrorist Bagrow, der Mörder des zaristischen Premiers Stolypin, gab auf den Vorschlag, ein Gnadengesuch zu schreiben, die Antwort: „Was soll ich mit dem Leben? Ich werde noch ein paar hundert Buletten essen!“

Das Alltagsleben bietet offenbar selbst die Gegenstände an, die für die verschiedensten Maßstäbe in Frage kommen. So kann man die Zeit, von gerauchten Zigaretten abgesehen, auch mit abgetragenen Hosen messen, wie der Schriftsteller Stephen Fry, oder mit gekauften oder verkauften Zeitungen und Zeitschriften, wie einer der russischen Oligarchen und Medienmagnaten. Schnapsgläschen jedoch – in Russland eher Gläser oder Flaschen! – mit Wodka passen hervorragend, um den Grad der seelischen Erschöpfung zu bestimmen oder um festzulegen, wie nahe man sich gegenseitig steht. So ist die Formel „Ich kenne ihn nicht, ich habe mit ihm nicht getrunken“ genuin russisch, gehört es doch seit Jahrhunderten zur Tradition des russischen Alltags, dass man mit einem Menschen einen heben muss, um ihn besser kennen zu lernen. Jemand, der nicht trinkt, erweckt Misstrauen. Man erklärt sich das in erster Linie nicht

damit, dass er einfach eine gesunde Lebensweise führt, sondern meint, dass mit seinem Charakter etwas nicht stimmt. „Was der Nüchterne im Kopf hat, hat der Betrunkene auf der Zunge“, ist nicht umsonst ein typisch russisches Sprichwort. Die Fähigkeit, viel zu trinken, ohne dabei betrunken zu werden, wird im Alltag nicht mit der physiologischen Trinkfestigkeit in Verbindung gebracht (oder im Gegenteil mit dem zweiten Stadium des Alkoholismus), sondern mit positiven Charaktereigenschaften. Die Aussage „Er kann ein ‚Glas‘ halten! Also ist er ein richtiger Mann!“ ist ebenfalls eine sehr russische Formulierung.

Das Besondere an solchen Messlatten für den Alltag ist, dass sie, auch wenn sie anfangs nur für Einzelne oder für relativ kleine Gruppen gelten, allmählich sehr populär werden, ja staatliche Dimensionen annehmen können. Zudem verändern sie sich mit der Zeit. So wird der Wohlstand, der seinerzeit beim Sowjetmenschen nicht zuletzt nach der Menge von Würsten bestimmt wurde, heute bei einem russischen Staatsbürger nach der Anzahl seiner Reisen in ausländische Kurorte oder aber der von DVDs mit Raubkopien bewertet, die er im Straßenverkauf erstanden hat und sich in seinem auf Ratenzahlung erstandenen Heimkino ansieht.

Die seinerzeit so begehrte Wurst hat inzwischen ihr für den Sowjetmenschen mystisches Wesen eingebüßt. Die Wursttheke in einem guten Supermarkt unterscheidet sich heute wenig von einer ebensolchen irgendwo in Deutschland. Hier werden die persönlichen Wohlstandskriterien mit der objektiven Realität konfrontiert – dem Vorhandensein oder dem Fehlen des Geldes, das man braucht, um die Würste zu kaufen. Reisen in ausländische Kurorte wurden zur Alltagserscheinung. Es ist sogar ein spezifischer, ein patriotischer Reflex zu verzeichnen: Es wurde schick, über Kurorte zu lästern, etwa über die in der Türkei. Man betonte, ein besserer Urlaub als in Sotschi oder auf der Krim sei nicht möglich. Wobei hier die objektive Realität in direkten Widerspruch zum persönlich wahrgenommenen Alltag gerät. Nach objektiven Merkmalen ist der Urlaub in ausländischen Kurorten materiell günstiger und mit weniger Unannehm-

*Übersetzung aus dem Russischen: Vera Ammer, Euskirchen.*

lichkeiten verbunden, auch nicht mit der Gefahr von Mageninfektionen. Die subjektive Wahrnehmung des russischen Durchschnittsbürgers ist dagegen die, dass der überfüllte Strand bei Jalta, ein aus wer weiß welchen Tieren hergestelltes zähes Schaschlik und ein verdreckter Abort im Hof in ihm heimatliche Gefühle wecken, es ist praktisch wie zu Hause.

Aller Umschwünge des Alltagslebens ungeachtet ist der Wodka nach wie vor nicht nur eine wichtige Komponente geblieben, sondern auch ein Maßstab. Natürlich hat die Zeit – eben die objektive – ihre Korrekturen vorgenommen, aber sich das russische Alltagsleben ohne Wodka vorzustellen fällt zumindest schwer. Früher galt der Wodka nicht nur als Zeichen der Ehre, als Symbol des Glaubens, als Quelle des Glücks oder als Wurzel allen Übels. Häufig fungierte er auch als Geldersatz. Es bestand eine universale Einheit – die „Flasche“. In „Flaschen“ wurde die Arbeit der Menschen solch alltäglicher Berufe wie beispielsweise eines Schlossers oder eines Installateurs bemessen. Das heißt nicht, dass ein sowjetischer Automechaniker oder eine Hausfrau mit Wodkaflaschen bezahlt worden wäre. Es gab nur die spezifische Einschätzung, wieviel eine Arbeit wert war, von den billigsten (eine Drittel „Flasche“, genauer: ein Rubel, 20 Kopeken), die es dem Empfänger ermöglichte, nach der Arbeit mit irgendwem eine reale Flasche „zu dritt“ zu leeren; bis zu den teureren Arbeiten (eine ganze „Flasche“ – genauer: drei Rubel, 62 Kopeken), die dem Empfänger den persönlichen Besitz einer realen Flasche einbrachten. Das Drittel war das gängigste Maß, das der Mentalität des Sowjetmenschen am meisten entsprach. Er war es gewohnt, nach der Arbeit in Gesellschaft zu trinken, irgendwo auf einem Spielplatz oder in einem Torweg, nicht bürgerlich zu Hause, in stolzer Einsamkeit.

Die Veränderungen in der Struktur des Alltagslebens und in der „Flaschen“-Skala wurden unumkehrbar. Mittlerweile kann man mit einem Autoschlosser nicht mehr mit einer „Flasche“ abrechnen, schon am Vorabend des neuen Russlands gingen diese, die zu den gefragtsten Spezialisten gehören, zu harter Währung über. Sie ziehen US-Dollars vor. Auch die verbreitete Trunkenheit am Arbeitsplatz – wenn ein Arbeiter, um nicht an der Werkbank umzufallen, seinen Kittel in den

Schraubstock spannte und praktisch an seinen halb eingeknickten Beinen hing – gehört der Vergangenheit an. Um es halb wissenschaftlich auszudrücken: Die radikalen strukturellen Veränderungen des Alltagslebens haben auch die Trinkgewohnheiten einschneidend verändert und ebenso die Konnotationen, die sich mit dem Wodka verbinden. Mittlerweile hört der Wodka auf, ein Glaubenssymbol zu sein, und es liegen keine Betrunknen mehr in den Pfützen. Obwohl sie nicht weniger trinken – laut Statistik sogar mehr.

Anscheinend ist mit den neuen Freiheiten und den vielfältigen Möglichkeiten der zwischenmenschliche Umgang in Russland in einer Weise rau geworden, die der russischen Mentalität früher weitgehend fremd war. Der Wodka wie auch das dafür bezahlte Geld werden immer mehr zur Privatangelegenheit, zu etwas rein Individuellem. Man trinkt zu Hause und präsentiert sich in angetrunkenem Zustand nicht der Öffentlichkeit. Früher hat immer jemand einen Betrunknen nach Haus gebracht. Heute hat er Glück, wenn man ihm nicht das letzte Geld wegnimmt. Positive wie negative Charaktereigenschaften werden meist nach anderen Kriterien bestimmt als denen des Wodkas. Der Wodka wird allmählich zu einem reinen Produkt, einer Ware. Aber verschwindet die Mythologie tatsächlich, und rückt an ihre Stelle die Prosa des freien Marktes? Sind diese Mythologien nicht vielmehr ewig, und bekommt die Prosa des freien Marktes nicht ebenfalls eine spezifische russische Färbung?

Ich besuchte einmal einen speziellen Ausstellungssaal des Allrussischen Konzerns Rosalko, wohin alle legalen Wodkaproduzenten ihre Proben schicken. (Der Untergrundwodka, der illegale „Selbstgebrannte“, ist ein eigenes Thema, der mit solchen personellen Verlusten einhergeht, dass man am besten den Vergleich mit den Verlusten der UdSSR in Afghanistan heranzieht. Dort kamen in zehn Jahren etwas mehr als 15 000 Soldaten und Offiziere ums Leben. An selbstgebranntem Wodka sterben jährlich ungefähr 30 000 Menschen.) Auf dieser Ausstellung reichten die Bezeichnungen von einfachem „Russischem Wodka“ bis zu verspielten wie „Wollen wir uns einen antrinken?“ und bestätigten die These von der Reichhaltigkeit und Sprachgewalt des Russischen. Der Wodka „Casanovas Geheimnis“, mit der Ginsengwurzel ange-

setzt, der dem Trinkenden angeblich erhöhte Manneskraft garantiert, stand neben dem „Dreikönigswodka“, einer Flasche mit orthodoxen Kreuzen, zur Anwendung während der starken Fröste empfohlen. Der „Ehrliche“ (ist das nicht eine Analogie zu den „Wahrheitsdrogen“, die die Mitarbeiter von Sicherheitsdiensten einsetzen?) stand neben dem „Zoll“. Dann gab es noch den „Aufgeklärten“ (offenbar für die unermüdlich nach Erkenntnis Strebenden) und sogar den „Russischsprachigen“ (wohl eher für jene, die sich ins moderne russische Alltagsleben integrieren oder ernsthaft die russische Sprache in all ihrer Vielfalt erforschen wollen).

Aber das Wichtigste kommt noch. So war der Wodka „Red Army“ in Flaschen in Form einer Artilleriegranate abgefüllt, das Etikett zeigt aus irgendeinem Grunde einen tapferen Kosaken. Daneben stand eine echte Waffenkiste mit Nummern und speziellen Kennzeichnungen. In der Kiste befand sich eine Glasflasche der Marke „Kalaschnikow“ in der Größe einer Kalaschnikow, originalgetreu mit allen Details. Die Ausstellung beschloss das Jeepmodell „Geländewagen“ von Mercedes, der in der höheren russischen Business-Elite ebenso wie unter den großen Mafiosi des Landes so populär ist. Diese beiden Gruppen kann man übrigens oft nicht unterscheiden. Das Modell war aus schwarzem Glas. Oben befand sich anstelle einer Luke ein Deckel. Das war eine Geschenkflasche mit hochwertigem Wodka.

Obwohl ich mir die Ausstellung genau angesehen habe, habe ich dort einen Wodka vermisst, der mir seit Jahren unvergesslich geblieben ist. Als ich einmal als Journalist in einer entfernten Region im Gouvernement Tula unterwegs war, fand ich mich in einem kleinen, beängstigend verfallenen Dorf wieder, dem vormals renommierten Kreiszentrum von Krapiwna. Der Ort wird erstmals im Vermächtnis des Moskauer Fürsten Dmitri Donskoj erwähnt, in dem er darauf zugunsten seiner Frau, der Fürstin Jewdokija, verzichtet. Schon damals, im 14. Jahrhundert, diente dieses Städtchen dem Schutz der Südgrenzen des Moskauer Fürstentums gegen die Tatarenangriffe der Goldenen Horde. Im Erlass der Zarin Katharina II. vom 8. März 1778, in dem die Wappen der Städte des Gouvernements Tula bestimmt werden, heißt es über das Wappen von Krapiwna: „Sechs

Brennnesseln auf einem Goldfeld“.<sup>1</sup> Im Alkoholladen empfahl die junge, gelangweilte Verkäuferin den zum Andenken an Katharina hergestellten Wodka: „Nehmen Sie eine ‚Starke Katja‘!“ Und in dem Wunsch, zu demonstrieren, dass die Menschen in der Provinz durchaus auf der Höhe der Zeit sind, setzte sie hinzu: „Das ist unsere Marke – unser ‚Brand‘!“

Das Wodka-Sortiment in Provinzläden ist, anders als in der Hauptstadt oder den Großstädten, natürlich nicht groß, drei bis vier Sorten. Neben dem Wodka „Katharina die Große. Stark“ stand einer mit der seltsamen literarischen Bezeichnung „Was tun?“ und ein anderer Wodka mit der ebenso literarischen Bezeichnung „Lewscha“ (Linkshänder) in der Vitrine. In der richtigen Annahme, dass nach dem Genuss von „Was tun?“ im Kopf zwangsläufig die andere ewige russische Frage „Wer ist schuld?“ auftaucht, und man nach dem Wodka „Lewscha“ zwangsläufig jemanden beschlagen will, folgte ich dem Rat der Verkäuferin.<sup>2</sup>

Die „Starke Katja“ wollte ich in angenehmer Gesellschaft an einem Feldrand auf dem Gut des großen Lew Tolstoj, Jasnaja Poljana, leeren, wohin ich mich von Krapiwna aus begab. Die grelle Sonne verschwand hinter dem Horizont. Auf einer aufgeschlagenen Zeitung waren Salzgurken, Kochwurst, Schwarzbrot, Salz und eine in große Stücke geschnittene Knollenzwiebel ausgebreitet. Alles sehr russisch, nur die „Fanta“-Flasche brachte eine globale, die Tradition zerstörende Note hinein. Die „Starke Katja“ zu trinken war äußerst schwer. Der Geschmack erinnerte an ein Pflanzenschutzmittel. Es endete damit, dass jemand aus der Tasche den seit Generationen bewährten „Stolitschnaja“ zutage förderte.

Die Maßstäbe und Kriterien des Alltags warten noch auf ihren tiefgründigen Erforscher. Für diese Rolle, zumindest was den Alkohol betrifft, wäre Wenedikt Jerofejew ideal. Natürlich sind die Zeiten der Cocktails „Die

<sup>1</sup> Brennessel: russ. Krapiwna (A. d. Ü.).

<sup>2</sup> „Was tun“: Roman (1863) von Dmitrij Tschernyschewskij sowie eine bekannte Schrift Lenins (1902). „Lewscha“ – Erzählung (1881) von Leskow, in der ein Schmied, der Linkshänder ist, einem stählernen Floh die Hufe beschlägt. „Wer ist schuld“ – Roman (1847) von Alexander Herzen (A. d. Ü.).

Träne der Komsomolzin“ und „Hundeeinge-  
weide“ vorbei, ebenso, wie man nicht mehr  
in ein Bahnhoftsbuffet gehen und einen  
„Jeres“ verlangen kann.<sup>13</sup> Aber es ist bezeich-  
nend, dass auf der ersten Ausgabe von „Mos-  
kau-Petuschki“ zu Jerofejews Lebzeiten nach  
seinem Willen der Preis „drei Rubel, 62 Ko-  
peken“ stand: der Preis für eben jene be-  
rühmte „Flasche“, der „Flasche“ der Vergan-  
genheit. Es scheint, die alten Kriterien des  
Alltags üben auf gewisse Weise Einfluss selbst  
auf jene aus, die Glück oder Leid nie nach  
„Flaschen“ bemessen haben.

<sup>13</sup> Anspielungen auf Wenedikt Jerofejews „Moskau-  
Petuschki. Ein Poem“ (Zürich 2005, in der Über-  
setzung von Peter Urban) (A. d. Ü.).

*Lilia Shevtsova*

# Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen

Die neuere russische Geschichte demonst-  
riert, wie Russlands politische Klasse,  
unfähig, mit den traditionellen Herrschafts-  
formen zu brechen, versucht, diese den neuen  
Realitäten anzupassen und ihnen ein demo-  
kratisches Antlitz zu verleihen. Einerseits ist  
die russische Regie-  
rung erstaunlich an-  
passungsfähig. Ande-  
rerseits wird ihr Ver-  
such, die russische  
Hybride, das heißt  
eine personale Herr-  
schaftsform, die sich  
durch Wahlen legiti-  
miert, aufrechtzuer-  
halten, früher oder  
später zu einer Auf-  
weichung der Gesell-  
schaft führen oder sie komplett destabilisie-  
ren. Die Regierungszeit Wladimir Putins hat  
bereits gezeigt, dass die von Boris Jelzin kre-  
ierte hybride Macht nicht von Dauer war. Sie  
musste sich entweder in Richtung einer libe-  
ralen, rechtsstaatlichen Demokratie oder in  
die eines härteren Autoritarismus entwickeln.  
In der Gesellschaft unter Jelzin waren beide  
Möglichkeiten angelegt – Putin hat sich für  
Letztere entschieden.

Die Schritte, die Putin während seiner Re-  
gierungszeit unternommen hat – die Einset-  
zung von Präsidentenvertretern in den Regio-  
nen, die Ruhigstellung der Oligarchen und  
regionalen Barone, die Liquidierung unab-  
hängiger Massenmedien, der Übergang zu  
einer Ernennung der Gouverneure, die Grün-  
dung einer dem Kreml ergebenen „Partei der

*Übersetzung aus dem Russischen: Vera Ammer, Eus-  
kirchen.*

## **Lilia Shevtsova**

B.A., M.A., Ph.D.; Senior Asso-  
ciate, Russian Domestic Politics  
and Political Institutions  
(Co-Chair) am Carnegie Moscow  
Center, Carnegie Endowment for  
International Peace.  
Tverskaya, 16/2,  
125009 Moskau/Rusland.  
lilia@carnegie.ru



Macht“ („Einiges Russland“), die verschärfte Kontrolle der gesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen – all dies wurde zum Fundament des neuen Machtregimes: Die Jelzinsche Wahl-Autokratie machte einem bürokratisch-autoritären Regime Platz. Auf's Neue hat der traditionelle Staat seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich zu maskieren und als neues Regime zu präsentieren. Unter einem bürokratisch-autoritären Regime verstehe ich eine Regierung, bei der sich die Macht in den Händen eines Führers konzentriert und die Regierung sich auf Bürokratie, Technokraten und Machtstrukturen stützt. Ihre wirtschaftliche Basis ist der staatsbürokratische Kapitalismus.

Wesentliche Stimuli für den Aufbau dieses *bürokratischen Autoritarismus* waren nicht nur der herannahende Zeitpunkt der Selbstreproduktion der russischen Regierung (die Parlaments- und Präsidentenwahlen 2007/2008), sondern auch die „Blumenrevolutionen“ in den neuen unabhängigen Staaten, vor allem in der Ukraine, die die Instabilität des postsowjetischen Staatswesens vor Augen geführt hatten. Welche systembedingten Maßnahmen hat Putin in der Endphase der Entstehung des bürokratischen Autoritarismus unternommen? In erster Linie kehrte er zum Prinzip der Unteilbarkeit zurück – der Zusammenlegung aller Behörden und der Verschmelzung von Macht und Eigentum. Mit der Unabhängigkeit politischer Institutionen und der relativen Autonomie der Wirtschaft, wie sie sich unter Jelzin spontan entwickelt hatten, wurde ein Ende gemacht. In Russland entstand ein historisch-transitorisches Staatswesen. Dieses ist die Überlebensstrategie für Regierung und Gesellschaft in einer Situation, in der sie weder in die Vergangenheit zurück noch sich endgültig von ihr lösen wollen. Das Staatswesen, das zwischen den Epochen schwebt und eine genaue Selbstbestimmung meidet, erfordert *Imitation*. Hierin ist die russische Regierung perfekt: Es handelt sich um die Imitation eines liberal-demokratischen und rechtsstaatlichen Systems, die das Fehlen entwickelter machtpolitischer und ideologischer Herrschaftsmechanismen sowie die fehlende Bereitschaft der herrschenden Klasse kompensiert, in vollem Umfang Gewalt anzuwenden. Dabei werden die liberal-demokratischen Prinzipien diskreditiert und der Möglichkeit beraubt, zur Alternative zu werden.

Beim Aufbau dieser staatlichen Hybride hat es Putin verstanden, den Westen zu einem Systemfaktor des bürokratischen Autoritarismus zu machen. So betrachtet die russische Elite die Partnerschaft mit dem Westen als Mittel zur finanziellen Unterfütterung des politischen Regimes und zu seiner internationalen Legitimierung. Dennoch nutzt die Elite die antiwestliche Stimmung, um die Gesellschaft durch die Suche nach einem Feind zu mobilisieren. Kurz, die Elite der russischen Obrigkeit ist zwar Europa zugewandt, lehnt dieses aber als Wertmaßstab für die eigene Gesellschaft ab. Ein Beispiel hierfür ist die in Russland um sich greifende „Spionomanie“ und der Einsatz von Spionageskandalen, um die Zivilgesellschaft und insbesondere Nichtregierungsorganisationen zu diskreditieren, die vom Westen gefördert werden. Die Einladung des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, für Gasprom zu arbeiten, der Versuch, den ehemaligen amerikanischen Handelsminister Donald Evans als Aufsichtsratsvorsitzenden des Konzerns Rosneft zu gewinnen und die gleichzeitige Ablehnung westlicher Werte für das Land spiegeln eine „Politik von Unvereinbarkeiten“ wider. Sie ist unentbehrlich für ein System, das zwischen Vergangenheit und Gegenwart laviert.

## Mechanismen der Herrschaft

Es ist der Regierung gelungen, die Billigung des Verfassungsgerichts für das Recht des Präsidenten zu erhalten, die Gouverneure zu ernennen, was den Boden für die Missachtung der Verfassung und die Untergrabung des föderativen Staatsaufbaus bereitet. Somit ist Russland zu einem Regime der politischen Zweckmäßigkeit zurückgekehrt, und ein Handeln „nach Gutdünken“ und nicht nach dem Gesetz hat seine formelle Legitimation erhalten. Schließlich hat Russland mit dem Konsens innerhalb der politischen Klasse hinsichtlich der Erhaltung des Status quo das Jahr 2006 begonnen. Dieser Konsens ist bezeichnend für eine Situation, in der keine der Elitegruppen radikale Veränderungen wünscht, denn jede hat innerhalb des bürokratischen Autoritarismus Wege gefunden, ihre Interessen durchzusetzen, indem sie diese als gesellschaftliche Interessen darzustellen sucht.

Der bürokratische Autoritarismus in Russland hat es vermocht, sich nicht nur zu

organisieren, sondern auch Überlebensmechanismen zu entwickeln. Im Unterschied zu den bisherigen Inkarnationen will die jetzige Alleinherrschaft auf massenhafte Gewaltanwendung verzichten und knüpft überall auf Protektion basierende und klientelistische Beziehungen. Ein Beispiel für die Institutionalisierung des Loyalismus ist die Bildung der „Gesellschaftskammer der Russischen Föderation“ im vergangenen Jahr, ein Gremium, das bei der Elite Untertanengeist als Gegenleistung für die einen oder anderen Vorteile, mitunter einfach für das Gefühl der Nähe zur Macht, stützen soll. Die Einbindung von Liberalen, Apologeten der Großmachtspolitik und Populisten in die Macht blockiert die Bildung einer Opposition auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums. Solange liberale Symbolfiguren, von Anatoli Tschubais (Präsident des Strommonopolisten UES) bis German Gref (Wirtschaftsminister), im Machtbereich verbleiben, macht dies die Herausbildung einer liberalen Opposition unmöglich. Solange der Präsident das nationalpatriotische Thema besetzt, verengt sich das Feld für eine national-populistische Opposition. Potenzielle Protestnischen mit politischen Klonen zu besetzen, ist eine weitere Methode, systemfeindliche Bedrohungen zu neutralisieren.

Während Putins Regierungszeit hat in Russland eine Reorganisation stattgefunden, die man als Stärkung des Autoritarismus interpretieren kann. Aber de facto vollzieht sich eine Stärkung der bürokratischen Schicht, und zwar indem diese die Macht des Führers an sich reißt, der selbst damit nicht zurechtkommt. Dadurch wird die Führung zwangsläufig geschwächt. In diesem Kontext verliert die Frage, wer die Entscheidungen trifft und wer mehr Einfluss hat, der Präsident oder seine Entourage, ihren Sinn. Im bürokratischen Autoritarismus hängt der Führer von der bürokratischen Schicht ab, je länger desto mehr; aber nur er ist imstande, ihre Entscheidungen zu legitimieren, die sie ausführen kann – oder auch nicht. Während der Jelzin-Periode waren innerhalb der herrschenden Schicht noch schwache Reformimpulse auszumachen. Jetzt sind sie verstummt. Der liberal-technokratische Teil der herrschenden Schicht strebt ebenso nach Erhalt des Status quo wie die Machtbürokratie.

Die Stärkung der Schutzreflexe bei denen, die sich in verschiedenen Machtpositionen etablieren konnten, ist nichts Singuläres – es ist eine Folge des postrevolutionären Syndroms, das nicht nur im Hang zur Stabilisierung, sondern auch im Streben nach partieller Restauration zum Ausdruck kommt. Dieses Syndrom erfasst auch die Opposition, die insofern zur konservativen Kraft wird, als sie nicht über frühere Politikvorstellungen hinausgehen kann, wobei sie die oppositionelle Nische besetzt und das Auftreten neuer politischer Kräfte erschwert.

Die Stärkung der bürokratischen Schicht ging zwangsläufig mit einer Expansion in die Wirtschaft einher. Während Putins Regierungszeit hat sich eine Schicht von oligarchischen Apparatschiks gebildet, die das Eigentum kontrolliert, ohne es zu besitzen und ohne dafür die Verantwortung zu tragen. Sie hat sich zu einer parasitären Klasse von „Rentiers“ entwickelt. Unter der Losung von der „energiepolitischen Supermacht“ hat die herrschende Schicht versucht, globale Ambitionen zu produzieren und sie mit der Selbstproduktion durch die Ausbeutung der Rohstoffressourcen in Einklang zu bringen. Die Evolution des russischen Staates in Richtung eines „Petro-Staats“ könnte damit enden, dass Russland zu einem Rohstoffanhängsel der Weltgemeinschaft wird. Aber da es um den einzigartigen Versuch geht, die Charakteristika eines „Petro-Staats“ und einer Atommacht zu kombinieren, sind unvorhersehbare Folgen einer derartigen Symbiose nicht auszuschließen. Russlands „Erdgaskrieg“ mit der Ukraine und die Konflikte zwischen Russland und Georgien vermitteln eine Vorstellung davon, wie sich ein russischer „Petro-Staat“ auf der internationalen Bühne verhalten könnte und wie er Spannungen nutzt, um im Lande einen wahlpolitischen Effekt zu erzielen.

Bis in die jüngste Zeit suchte die russische Elite einen Weg zur Konsolidierung der Gesellschaft zwischen dem neoimperialen Vektor und dem Experimentieren mit dem Nationalismus. Heute wendet sie sich immer intensiver der „Russischen Idee“ zu und stimuliert nationalpopulistische und antiwestliche Stimmungen. Gerade die „Russische Idee“ scheint die adäquate Begründung für die konservative Schutzfunktion eines transitorischen Staatswesens. Allerdings hofft



die Regierung, den Nationalismus unter Kontrolle halten zu können. Im Moment einer Krise jedoch könnte sich die Ideologie der Suche nach einem Feind in Russland als äußerst gefragte Form der Selbstbehauptung erweisen. Sowohl der neoimperiale Vektor als auch der russische Nationalismus fallen indes aus dem modernen zivilisatorischen Rahmen heraus. Die Hoffnungen eines Teils der Elite, das Imperium zu rekonstruieren, haben kaum Chancen. Den Bedarf an Nationalem hat Russland in dem Moment empfunden, in dem die Welt die Krise des nationalstaatlichen Paradigmas erlebte, was die russische Entwicklung nur noch ausgewogener erscheinen lässt.

## Die innenpolitische Agenda

Führen wir uns vor Augen, was für die russische Regierung in den kommenden Jahren innenpolitisch auf der Tagesordnung steht. Was will der Kreml erreichen? Erstens will er die Stabilität in der Gesellschaft erhalten. Zu diesem Zweck hat die Regierung „nationale Projekte“ für Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnraum und Landwirtschaft proklamiert, womit sie Fürsorge für die Staatsangestellten demonstrieren will. Zweitens will sie einen Machtkampf am Ende von Putins Präsidentschaft verhindern. Drittens will sie die Umverteilung der Wirtschaftsressourcen zum Abschluss bringen. Viertens will sie Russland in eine energiepolitische Supermacht verwandeln. Diese Agenda lässt eine Fortsetzung von Reformen nicht zu. Von nun an dienen alle Handlungen der Regierung ihrer Selbstreproduktion, in erster Linie durch die Ausschaltung möglicher Regierungsgegner und die maximale Nutzung der Möglichkeiten einer Potemkin-Politik. Es geht der Regierung darum, den bestehenden Zustand zu erhalten und die Unterstützung der Gesellschaft sowie des Westens für den Status quo zu gewinnen, indem sie diese davon überzeugt, dass der bürokratische Autoritarismus, wenn auch nicht die beste aller Möglichkeiten, so doch zumindest das geringste Übel ist.

Welche Garantien gibt es dafür, dass dem Kreml dies gelingt? Die Regierung hat hinreichend Mittel, um einen Erfolg ihrer Sozialpolitik vorzuspiegeln und diese Imitation bis zum Ende des neuen Wahlzyklus durchzuhalten. Es gibt eine Reihe anderer Faktoren,

die den Zustand einer stagnierenden Stabilität in Russland, der sich am Status quo orientiert, fördern. Erstens bleibt der Ölpreis für die Regierung das wichtigste Sicherheitsnetz. Zweitens setzt sich das Wirtschaftswachstum im Lande fort, was bei einem Teil der Gesellschaft eine positive Grundstimmung hervorruft. Drittens ist das Volk der früheren Erschütterungen immer noch müde und nicht bereit, auf die Straße zu gehen. Viertens sind die Menschen von der Opposition enttäuscht und werden ihr nicht zu Hilfe eilen. Fünftens greift das Regime mit Erfolg Ideen der Opposition auf, sowohl der linken als auch der rechten, und diskreditiert auf diese Weise beide. Sechstens ermöglicht die Milde des Regimes auch den Gegnern ein Überleben. Siebte gelingt es den Polittechnologen, das öffentliche Bewusstsein zu manipulieren und den Eindruck zu erwecken, es gebe zum gegenwärtigen Regime keine Alternative.

Wenn der Kreml offensichtliche Dummheiten vermeidet, kann er seine Ziele durchaus erreichen. Ein Machtkampf nach ukrainischem Szenario ist nur unter verschiedenen Bedingungen möglich, die in Russland bisher nicht vorliegen: Unzufriedenheit von unten, eine Spaltung der politischen Klasse, Aktivierung der Jugend und unabhängiges Fernsehen. Der Kreml hat aus den Krisen des postsowjetischen Systems gelernt und vorbeugende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des „orangenen Virus“ getroffen. Die Regierung hat Anlass zur Hoffnung, dass die Expansion des Staates in die Wirtschaft auf keinen Widerstand stößt, sondern vielmehr von der Gesellschaft unterstützt wird. Auch den Westen gewinnt der Kreml für die Unterstützung seines auf dem Oligarchenapparat beruhenden Kapitalismus.

Das wahrscheinlichste Szenario der Selbstreproduktion der Macht ist ihre Übergabe an einen zuvor bestimmten Nachfolger. Wer das letztlich sein wird, ist nicht so wichtig. Viel erheblicher ist, ob der Konsens in der Elite bei der Regelung der Nachfolgefrage und der hierfür vorgesehenen Person von Dauer sein wird. Einstweilen gelingt es, Thronfolgekämpfe zu vermeiden, weil alle verstehen, dass ein derartiger Kampf ein Risiko mit unvorhersehbaren Folgen darstellt. Es ist ferner nicht hundertprozentig auszuschließen, dass die Unfähigkeit der Herrschenden, hinsichtlich des Nachfolgers einen Konsens zu errei-

chen, Putin zwingt, im Kreml zu bleiben. Dieses Szenario – mit der Gefahr der Delegitimierung der Macht verbunden – würde diese nur umso verwundbarer machen, und darüber ist sich der Kreml im Klaren.

Heißt das, dass man ruhig schlafen kann und dass der Moment der Wahrheit, der auf Russland zukommt – die Selbstreproduktion der Macht 2007 und 2008 – ohne Erschütterungen ablaufen wird? Alle Tendenzen sprechen dafür, dass Russland sich in einer Konsolidierungsphase des bürokratischen Autoritarismus befindet und dass das System mögliche Risiken zu neutralisieren vermag. Aber es ist zu bedenken, dass dem politischen System mindestens drei Konfliktquellen innewohnen, die es zur Explosion bringen können. Da ist erstens der Konflikt zwischen der personalen Macht und der Notwendigkeit, diese zu wählen; diesen versucht die Regierung mit Hilfe einer Wahlmanipulation zu lösen. Zweitens will die Regierung den Status quo erhalten bei gleichzeitiger Umverteilung der Ressourcen, was denjenigen missfallen könnte, die dabei benachteiligt werden. Drittens birgt die Vernichtung des politischen Pluralismus die Gefahr, dass gesellschaftliche Interessen systemfeindlichen Charakter annehmen können.

Die situationsbedingten Faktoren, die heute stabilisierend wirken, können sich morgen in anderer Richtung auswirken. Nehmen wir das Öl als Faktor der Beruhigung. Wer sich mit seiner stabilisierenden Rolle tröstet, verkennet, dass die Ölpreise periodisch einbrechen – mit erheblichen Folgen. Deshalb ist es eine mindestens naive Hoffnung, dass China mit seinem Energiebedarf und der Irak, solange er nicht befriedet ist, Russland auf unbestimmte Zeit Ruhe garantieren. Betrachten wir ferner das Gesetz der *unintended consequences* (unbeabsichtigten Folgen), demzufolge die Regierungspolitik Ergebnisse zeitigen kann, die den erwarteten genau entgegengesetzt sind. Wo ist die Garantie, dass mit den Kremlbewegungen „Naschi“ (die „Unsrigen“) und „Molodaja Gwardija“ („Junge Garde“) nicht das gleiche geschieht wie mit der „Rodina“ (Heimat), die alle Merkmale einer künstlichen Kreation aufwies und sich dann in eine losgerissene Kanone auf einem Schiffsdeck verwandelte? Die Aktivierung nationalistischer Losungen verläuft so „erfolgreich“, dass der Kreml sich jetzt anstren-

gen muss, den Geist zurück in die Flasche zu treiben.

Am häufigsten hat sich das Gesetz der unbeabsichtigten Folgen in den Beziehungen Russlands zum Nachbarland Ukraine gezeigt. Vor einem Jahr verhalf die ungeschickte Unterstützung Moskaus für Viktor Janukowitsch dem Gegenkandidaten Viktor Juschtschenko zum Sieg. Heute hat das „Gasdiktat“ Russlands gegen die Ukraine dort nicht nur antirussischen Stimmungen Auftrieb gegeben, sondern auch Putins Idee, Russland zu einer Energie-Supermacht zu machen, untergraben. Erschreckt durch das russische Ultimatum ist der Westen bereit, nach alternativen Energiequellen zu suchen, einschließlich der Atomenergie, wie Finnland dies schon getan hat.

Was die „nationalen Projekte“ betrifft, so schickt sich die Regierung an, den Bedürftigen den Fisch anzubieten und nicht die Angel, mit der sie ihn selbst fangen könnten. Das stärkt nicht nur die Abhängigkeit der Bevölkerung von der Regierung, sondern macht diese Abhängigkeit auch zu einem Protestfaktor, falls die Regierung ihre populistischen Versprechungen nicht einlösen kann. Man kann sicher sein, dass die Regierung über genügend Ödollars verfügt, um Putins ernanntem Nachfolger das Präsidentensprungbrett zu sichern. Aber wie wird Putins Nachfolger nach 2008 mit dem populistischen Erbe umgehen?

Eine Voraussetzung für die Stabilität der Gesellschaft ist eine in das System einbezogene Opposition, denn eine in ein Ghetto abgedrängte Opposition ist unberechenbar. Außerdem befürworten 61 Prozent der Russen eine reale Opposition (nur 25 Prozent lehnen sie ab); 47 Prozent denken, dass in der Gesellschaft derzeit keine Opposition existiert (30 Prozent meinen, es gebe eine). Das Volk wünscht also offenbar das Auftreten einflussreicher Regierungsgegner.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die hier und im Folgenden verwendeten Umfragedaten stammen aus einer empirischen Erhebung über die soziale und politische Situation in Russland vom 12. 12. 2005; die Umfrage wurde vom Levada-Center, Moskau, durchgeführt ([www.levada.ru](http://www.levada.ru)).

Obwohl der Kreml anscheinend alle Risiken bedacht hat, ist es hinsichtlich der Sicherung der Nachfolge eine undankbare Aufgabe, vorauszusagen, inwieweit es gelingen wird, die Stabilität eines geschlossenen Systems zu erhalten, das begonnen hat, nur noch für seine Selbsterhaltung zu arbeiten.

Stellen wir uns die Häufung folgender Ereignisse vor: eine kommunale Wohnungsreform, Erhöhung der Energiepreise, Verkehrsstaus in den Großstädten, Lohnzahlungsrückstände bei Staatsangestellten in den Regionen, Unzufriedenheit von Studenten, eine technologische Katastrophe wie etwa eine Stromabschaltung in Moskau. In diesem Fall kann ein Funke selbst die geduldigste Gesellschaft in Rage bringen.

Wie kann man von der Stabilität überzeugt sein, wenn nach jüngsten Umfragen nur 38 Prozent der Russen glauben, dass das Land sich in die richtige Richtung bewegt, und 45 Prozent gegenteiliger Auffassung sind; wenn 50 Prozent denken, im Lande herrsche eine gespannte Situation (neun Prozent halten sie sogar für explosiv), und nur 28 Prozent meinen, die Situation sei ruhig; wenn von den 76 Prozent der Befragten, die Putins Präsidentschaft positiv gegenüberstehen, 49 Prozent denken, er habe die Ordnung nicht garantieren können, 57 Prozent, dass er wirtschaftspolitisch keinen Erfolg gehabt habe, und 50 Prozent, er sei in Tschetschenien gescheitert.

Nicht weniger dramatisch ist etwas anderes. Wenn in der Gesellschaft einflussreiche liberaldemokratische Kräfte fehlen, kann eine angespannte Situation nationalpopulistische Kräfte stärken. In diesem Fall haben jene Recht, die warnen, das gegenwärtige Regime sei der Inbegriff der Zivilisation im Vergleich zu dem, was uns im Falle seines Zusammenbruchs blühen könnte. Aber gerade die gegenwärtige Macht hat die Logik der Bewegung in die Vergangenheit erzeugt, eine Logik, die sie andererseits selbst fürchtet und in der Putin als der einzige Europäer erscheint. Je länger sich diese Logik entfaltet, umso mehr Möglichkeiten gibt es, dass eine neue Runde im Machtkampf unter der Losung eines „neuen Isolationismus“ beginnt, vor deren Gefahren selbst der Kreml warnt.

Russland reflektiert nicht mehr über eine Integration in die westliche Gemeinschaft. Heute versteht sich Russland zugleich als Partner und als Konkurrent des Westens. Der Kern der Formel „Partner und Verbündeter“ besteht in Folgendem: „Wir arbeiten mit euch bei der Lösung internationaler Probleme zusammen, aber bekämpfen euren Einfluss sowohl innerhalb des Landes als auch in dem Raum, den wir als unsere Einflussphäre ansehen.“ Es gibt mindestens vier Gründe, die eine Anbindung Russlands als konsequenten Partner des Westens unmöglich machen. Erstens ist die russische politische Klasse nicht bereit, die Hegemonie der USA zu akzeptieren, die Russland nur die Rolle des Juniorpartners überlässt. Zweitens will Russland auf dem postsowjetischen Territorium dominieren, und das ist nur natürlich, wenn man berücksichtigt, dass dieser Einfluss zu seinem Selbstverständnis gehört. Drittens nutzt Moskau immer aktiver antiwestliche Stimmungen zur Stärkung seines politischen Regimes. Viertens betont Russland den Faktor des Territoriums, der Macht und der Souveränität, verwirft das europäische Integrationsprojekt und betrachtet die Bewegung der neuen unabhängigen Staaten in Richtung auf Europa als antirussische Herausforderung.

Derzeit macht sich die russische politische Klasse kaum Gedanken darüber, wie absurd ihre Handlungen mitunter erscheinen. Wenn Moskau eine *road map* für die Annäherung an Europa ausarbeitet, warum sollte man dann das Streben der Ukraine nach Europa für feindselig halten? Wenn Russland den Vorsitz der G8 übernimmt, mit welchem Recht kann man dem Westen dann vorwerfen, die Integrität Russlands zu untergraben? Wenn die USA Russlands Partner in der Antiterror-Koalition sind, warum muss man dann fordern, dass die Amerikaner aus dem explosiven Mittelasien abziehen? Die Liste solcher Widersprüche ließe sich fortsetzen. Indes bedeutet diese Politik gleichzeitiger Partner- und Gegnerschaft, die für die gegenwärtigen Ziele der russischen Regierung bequem zu sein scheint, nichts anderes als ihre Unfähigkeit, eine Entwicklungsstrategie zu bestimmen. Darüber hinaus ist diese Politik ökonomisch für Russland unvorteilhaft, zumal es so gezwungen ist, seine Ressourcen

in den Sicherheitsbereich zwecks Abschreckung des Westens zu investieren, und dabei freiwillig zu dessen Rohstoffanhängsel wird.

Die russische Politik im postsowjetischen Raum (Einmischung in die innenpolitische Auseinandersetzung der Ukraine, Unterstützung des Regimes von Alexander Lukaschenko in Belarus, Wirtschaftsblockade Moldawiens, Bündnis mit dem usbekischen Präsidenten Islam Karimow) zeigt, dass diese Staaten in Moskaus Augen nach wie vor Bereiche seiner Innenpolitik darstellen. Einflussnahme auf die „Post-UdSSR“ ist für den Kreml immer noch ein Instrument zur Stärkung des russischen Staates. Und jegliche Beziehungen des Westens zu den neuen unabhängigen Staaten unter Umgehung Russlands werden bei der russischen politischen Klasse die Empfindung einer belagerten Festung auslösen. Die Ironie liegt hier darin, dass Moskau, je deutlicher es instabile Regime oder korrumpierte und unpopuläre Führer stützt, umso aktiver antirussische Stimmungen in den Ländern schürt, die es doch eigentlich in seinem Machtbereich halten will.

Was Russland und Europa betrifft, so haben beide Seiten ein gegenseitiges Einvernehmen in prinzipiellen Dingen erzielt: Einerseits erkennen sie die Tatsache ihrer Verschiedenheit an, sind sich andererseits jedoch einig darin, dass sie eine Partnerschaft imitieren wollen. Das spricht dafür, dass beide Seiten keine irreversible Distanzierung wünschen. Während Moskau Brüssel gegenüber feindselig gesonnen ist, fördert es die bilateralen Beziehungen zu einzelnen europäischen Hauptstädten. Entscheidend für Russland und besonders für seine energiepolitischen Ambitionen bleiben die Beziehungen zu Deutschland, und Angela Merkel hält in ihren Händen den Schlüssel zu einer russisch-europäischen Partnerschaft. Während die EU und Russland sich bemühen, Konflikte zu vermeiden, besteht zwischen dem „neuen Europa“ und Russland eine eindeutige Animosität. Die stärkste Allergie in Moskau ruft Polen hervor, das vor allem in der Ukraine und in Belarus die Rolle eines Missionars spielen will. Brüssel zieht hinsichtlich der diplomatischen Manöver Warschau eine vorsichtige Haltung vor, während Washington das Selbstbewusstsein der Polen unterstützt. Aber wenn Russland wirklich versuchen will, seine Beziehungen zu Europa zu erhalten,

dann muss sich der Kreml früher oder später damit abfinden, dass der Weg nach Brüssel nicht mehr nur über Berlin und Paris führt. Auf diesem Wege liegen unbedingt Warschau und die anderen Hauptstädte des ehemaligen Warschauer Pakts.

In den Beziehungen Moskaus zu Washington gilt eine bekannte Triade: internationaler Terrorismus, nukleare Nichtverbreitung, Energiedialog. Ein höfliches Lächeln der Führer soll den fehlenden Fortschritt in all diesen drei Punkten kompensieren. Russland und die USA befinden sich immer noch im Stadium gegenseitigen Misstrauens, was beide Seiten zu kaschieren suchen. Russland macht keinen Hehl aus seinem Bestreben, die USA aus dem Territorium der ehemaligen UdSSR herauszudrängen. In Anlehnung an eine alte amerikanische Erfahrung versucht es, auf postsowjetischem Raum seine Spielart der „Monroe-Doktrin“ zu praktizieren. Allerdings könnte sich Moskau, wenn es versucht, die Rolle des Hegemons zu spielen, als Juniorpartner wiederfinden – aber nicht von Washington. Zbigniew Brzezinski warnte nicht ohne Grund, dass ein Wettlauf mit Amerika sinnlos sei, aber ein Bündnis mit China die Unterordnung Russlands bedeuten würde.

Was ist Amerikas Antwort auf das russische Bestreben, zur Großmachtspolitik zurückzukehren? Das Weiße Haus demonstriert gegenüber dem Kreml Wohlwollen, und das ist klug, denn je weniger Komplexe die russische politische Klasse hat, umso leichter lässt sich mit ihr verhandeln. Außerdem zeitigt offener Druck auf die russische Führung meist entgegengesetzte Resultate. Allerdings verstehen die Amerikaner ihre Beziehungen zu Russland als Verhältnis „gegenseitiger Verpflichtungen“ und gehen zu offensiver Diplomatie über. Das kann bedeuten: „Ihr wollt WTO-Mitglied werden, ihr erwartet amerikanische Investitionen, ihr seid interessiert an einer Ausweitung des Energiedialogs? Gut, wir helfen euch, aber nur wenn ihr bereit seid, über die folgenden Fragen zu sprechen.“ In den Rahmen der „Taktik der Gegenseitigkeit“ kann ein Paket ökonomischer, außenpolitischer und politischer Themen zur Diskussion eingebracht werden. Man kann davon ausgehen, dass Washington, ohne Putin in die Ecke zu drängen, den Druck auf ihn verstärken wird.

Insgesamt gibt es auf beiden Seiten Illusionen, im Westen wie in Russland. Der Westen, auf eigene Probleme konzentriert, hofft, dass Russland ihm keine Kopfschmerzen bereiten wird. Im Konfliktfall wird Moskau schon nachgeben, wie während der vergangenen 15 Jahre. Westliche Politiker beachten nicht, dass es dem Kreml, der seinen Status wiederherstellen möchte, immer schwerer fallen wird, ohne Gesichtsverlust Konzessionen zu machen. Seinerseits ist in Moskau die Illusion entstanden, dass Russland sich vieles erlauben kann, verfügt es doch über Energiere Ressourcen, auf die die Welt angewiesen ist. Aber der Zeitpunkt wird kommen, an dem die herrschende Klasse in Russland verstehen wird, wie illusorisch eine Macht ist, die allein auf Rohstoffen basiert.

Vor diesem Hintergrund gibt es auch ein positives Moment – die Stimmung in der Öffentlichkeit. So denken 73 Prozent der Russen, dass ihr Land auf gegenseitigem Vorteil beruhende Beziehungen zum Westen unterhalten sollte (nur 16 Prozent plädieren für eine Distanzierung); 63 Prozent stehen positiv zu den USA (negativ: 30 Prozent) und 73 Prozent positiv zur EU (negativ: 13 Prozent). Wenn es der russischen Gesellschaft gelingt, nicht in Neoimperialismus oder Nationalismus zu verfallen, kann Russland aus der historischen Falle herauskommen. Aber hierfür muss die politische Klasse erkennen, wie selbstmörderisch der bürokratische Autoritarismus in Verbindung mit Großmachtstreben ist, und beginnen, andere Wege für eine Erneuerung Russlands zu suchen.

## Was will die russische Gesellschaft?

Ist die russische Gesellschaft bereit, sich in die Richtung liberaldemokratischer Werte zu entwickeln? Man sollte nicht zu viel erwarten. Die meisten russischen Bürgerinnen und Bürger haben nie in einer echten Demokratie gelebt. Die russische Demokratie schwankt noch immer, und es ist leicht, sie zu desorientieren. Aber für ein Volk, das über keine Tradition politischer Freiheiten verfügt, haben sich die Russen diese für sie neuen Werte erstaunlich schnell angeeignet. Umfragen zufolge denken zwar 75 Prozent der Befragten, dass Ordnung das Wichtigste sei, selbst wenn man dafür Verletzungen demokratischer Prinzipien in Kauf nehmen

muss, und nur 13 Prozent setzen die Demokratie an die erste Stelle. Aber zugleich sind 42 Prozent der Befragten der Auffassung, dass der Wohlstand des Landes von einer Stärkung der bürgerlichen Freiheiten abhängt, und nur 31 Prozent meinen, eine Zentralisierung der Macht sei in dieser Beziehung günstiger. Nur zwölf Prozent stellen die Interessen des Staates über die Menschenrechte; 15 Prozent denken, um der Interessen des Staates willen sei eine Einschränkung der Menschenrechte hinzunehmen, 44 Prozent sind überzeugt, dass die Menschen ein Recht haben, für ihre Rechte zu kämpfen, selbst wenn dies den Interessen des Staates zuwiderläuft; 21 Prozent veranschlagen die Rechte des einzelnen Menschen höher als die Interessen des Staates.

Diese Umfragen bestätigen, dass das Hauptproblem der Demokratie in Russland nicht in der Gesellschaft liegt, sondern in der herrschenden Klasse, die wesentlich archaischer ist als die Gesellschaft. Wenn Russland weiter in den Autoritarismus hineinschlittert, so geschieht das nicht, weil die Mehrheit der Gesellschaft dies will, sondern entgegen ihrem Wunsch und weil niemand dem Volk eine überzeugende liberaldemokratische Alternative angeboten hat oder auch nur hätte anbieten können.

Die politische Realität in Russland ist voller Paradoxien. Einerseits bietet das postkommunistische System ein Bild der Stabilität, andererseits wird das System infolge der in ihm angelegten Konflikte untergraben. Nachdem er sich von den Verpflichtungen gegenüber der vormals herrschenden Schicht gelöst hat, könnte Putin andere, neue Wege gehen. Doch er hat sogar auf jene halbherzigen Modernisierungsschritte verzichtet, die er noch in seiner ersten Regierungszeit unternommen hatte, und sich für die Logik des bürokratischen Autoritarismus entschieden. Äußerlich könnte es den Anschein haben, dass die Präsidenten-„Vertikale“ mit ihrer überzogenen Machtkonzentration nicht nur das Überleben der politischen Klasse, sondern auch gesellschaftliche Stabilität garantiert. Aber dieser Eindruck trügt, denn strukturelle Konflikte werden künftig zunehmend an die Oberfläche treten, die das Gleichgewicht des in Russland entstandenen Systems zu sprengen drohen.



Roland Götz

# Deutschland und Russland – „strategische Partner“?

Die beiden größten Völker Europas konnten sich schon wegen ihrer dominierenden Rollen auf dem eurasischen Kontinent nie gleichgültig sein. Die deutsch-russischen Beziehungen waren stets von widersprüchlichen Gefühlen geprägt, wobei sich Bewunderung, Abneigung, Angst und romantische Zuneigung mehr vermischten als abwechselten.<sup>1</sup>

**Roland Götz**

Dipl.-Volkswirt, Dr. oec. publ.,  
geb. 1943; Leiter der Forschungsgruppe Rußland/GUS in der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit,  
Ludwigkirchplatz 3–4,  
10719 Berlin.  
roland.goetz@swp-berlin.org

Deutsche und Russen kämpften gemeinsam gegen Napoleon, teilten wiederholt Polen unter sich auf, fanden sich nach den Winkelzügen der Diplomatie auf verschiedenen Seiten der Fronten

des Ersten Weltkriegs wieder, um dann mit dem Rapallo-Pakt gegen die westlichen Siegermächte gemeinsame Sache zu machen. Verblendet von Hitlers Blut- und Bodenideologie zogen die Deutschen kurz darauf in den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und mussten sich auch von der Roten Armee vom eigenen Regime befreien lassen – mit Gräueltaten auf beiden Seiten. Der Siegerstolz trat an die Stelle des Hasses auf die Deutschen. Für viele Angehörige der sowjetischen Streitkräfte wurde die DDR zum Sinnbild eines freundlichen, neuen Deutschlands. Die deutsche Teilung allerdings empfand die russische Bevölkerung als widernatürlich, und daher setzte in russischen Augen die Wiedervereinigung einen versöhnenden Schlusspunkt unter eine nicht nur für Deutsche, sondern auch für Russen unbegreifliche Fehlentwicklung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Diese haben sich seit 1990 auf pragmatische Weise erfreulich entwickelt. Die deutsch-russischen Beziehungen zeichnen sich heute durch eine beträchtliche Breite aus. Das hat Tradition – erinnert sei nur an die deutsche Auswanderung nach Russland sowie an die vielen deutschen Kaufleute und Industriellen, die vor dem Ersten Weltkrieg in Russland wirkten.<sup>2</sup> Deutschland ist, gemessen am Warenumsatz, der Haupthandelspartner Russlands und wird es noch so lange sein, bis in einigen Jahren voraussichtlich China diesen Platz einnehmen wird (vgl. *Tabelle 1*). Deutschland importiert, wie auch die Niederlande und Italien, aus Russland vor allem Erdöl und Erdgas. Bei den russischen Importen nimmt Deutschland mit deutlichem Abstand zu allen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern den ersten Platz ein und ist Russlands Hauptlieferant von Investitionsgütern. Für Deutschland, das vor allem mit den EU-Ländern wirtschaftlich verflochten ist, rangierte Russland im ersten Halbjahr 2005 bei den Einfuhren an 10. und bei den Ausfuhren an 14. Stelle (vgl. *Tabelle 2*).<sup>3</sup>

Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Russland werden – abgesehen von den Energiebeziehungen – überwiegend von mittelständischen Unternehmen getragen. Wichtige Hilfestellungen leisten Einrichtungen wie der Verband der deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation, die Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation sowie der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft.

Die Bundesrepublik ist durch kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen in Dutzenden russischer Städte präsent. Persönliche Kontakte entstanden durch die Hunderttausende Aussiedler ebenso wie durch den Tourismus und den Studenten- und Wissenschaftler austausch.<sup>4</sup> Über drei Millionen Russen

<sup>1</sup> Vgl. Gerd Koenen, *Der Russland-Komplex*, München 2005, S. 15 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Dittmar Dahlmann/Carmen Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft hat“. Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Essen 1998.

<sup>3</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel 2004, [www.bundesstatistik.de](http://www.bundesstatistik.de) (1. 2. 2006).

<sup>4</sup> Zu den Kontakten auf kultureller und wissenschaftlicher Ebene siehe näher [www.ifa.de/russland/](http://www.ifa.de/russland/)



lernen Deutsch, mehr als in der gesamten restlichen Welt. Der Petersburger Dialog und das Deutsch-Russische Forum schufen die Grundlagen für einen beständigen Dialog von Repräsentanten der beiden Gesellschaften. In Moskau ermöglicht seit 2005 das Deutsche Historische Institut die Zusammenarbeit von deutschen und russischen Forschern bei der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte.<sup>5</sup>

Auf staatlicher Ebene wurden seit 1990 eine Vielzahl bilateraler Abkommen getroffen, darunter über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit (1990), zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens (1990), beim Umweltschutz (1992), zur gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen (1992), zur Zusammenarbeit beim Internationalen Straßen- und Luftverkehr (1993), über die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur Aufarbeitung der jüngeren Geschichte (1997), die Erleichterung des Reiseverkehrs (2003) sowie die jugendpolitische Zusammenarbeit (2004).<sup>6</sup> Seit 1998 findet ein Meinungsaustausch auf Ministererebene im Rahmen von jährlichen Regierungskonsultationen statt, die abwechselnd in Deutschland und Russland stattfinden. Dazu kommen häufige Treffen der Spitzenpolitiker. Auch die Aktivitäten der Bundesländer, von denen acht eigene Repräsentanzen bzw. Vertretungen in Russland unterhalten, verdienen Erwähnung.

Dass die deutsch-russischen Beziehungen eine derartige Dynamik entfalten, hat damit zu tun, dass viele Faktoren, welche geeignet sind, die Beziehungen zwischen Ländern zu stören, im Falle Deutschlands und Russlands entfallen. Es gibt keine ungeklärten Grenzfragen, keine ethnisch-religiösen Konflikte und keine Rivalität um Weltherrschaft auf der internationalen Bühne. Als Restposten des Zweiten Weltkriegs bleibt die endgültige Regelung der „Beutekunst“-Frage – eine zähe Angelegenheit, aber sicher kein „großer Konflikt“. Auch Kaliningrad/Königsberg ist kein Zankapfel zwischen Deutschland und Russland, sondern eher Gegenstand gemeinsamer

[index.htm/publikation](http://index.htm/publikation) (1. 2. 2006) und [www.bmf.de/2513.php](http://www.bmf.de/2513.php) (1. 2. 2006).

<sup>5</sup> Deutsches Historisches Institut (DHI), Moskau, [www.dhi-moskau.de](http://www.dhi-moskau.de) (1. 2. 2006).

<sup>6</sup> Siehe [www.weltpolitik.net/Regionen/Russland%20und%20Zentralasien/Russische%20F6deration](http://www.weltpolitik.net/Regionen/Russland%20und%20Zentralasien/Russische%20F6deration) (1. 2. 2006).

**Tabelle 1: Größte Handelspartner der Russischen Föderation 2004 und Anteile an der gesamten Ein- und Ausfuhr (einschließlich Transitleieferungen von Erdöl; in Prozent)**

Einfuhr Russlands aus:		Ausfuhr Russlands nach:	
Deutschland	14,0	Niederlande	8,4
China	6,3	Deutschland	7,3
Italien	4,2	Italien	6,7
USA	4,2	China	5,6

Quelle: Statistisches Amt der Russischen Föderation, [www.gks.ru](http://www.gks.ru) (1. 2. 2006).

**Tabelle 2: Größte Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 2005 und Anteile an der gesamten Ein- und Ausfuhr (in Prozent)**

Einfuhr Deutschlands aus:		Ausfuhr Deutschlands nach:	
Frankreich	9,0	Frankreich	10,6
Niederlande	8,6	USA	8,7
USA	6,8	Großbritannien	8,1
Italien	6,0	Italien	7,1
Großbritannien	6,3	Niederlande	6,1
China	5,9	Belgien	5,8
Belgien	5,2	Spanien	5,3
Österreich	4,1	Österreich	5,3
Schweiz	3,8	Schweiz	3,8
Russland	3,5	Polen	2,6
Japan	3,4	China	2,5
Spanien	3,2	Tschechische Republik	2,4
Tschechische Republik	2,9	Schweden	2,2
Polen	2,5	Russland	2,0

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2005, [www.bmwi.de/Navigation/aussenwirtschaft-und-europa,did=5688.html](http://www.bmwi.de/Navigation/aussenwirtschaft-und-europa,did=5688.html) (1. 2. 2006).

Sorge um die Entwicklung dieser durch ihre Randlage benachteiligten Region.

Trotz der vielfältigen Begegnungen und Kooperationen, die Russen und Deutsche einander näher bringen, ist das Russlandbild in Deutschland nicht einheitlich. Auf Wirtschaftsveranstaltungen und bei ranghohen Begegnungen werden die guten Beziehungen herausgestellt, doch in den Medien wird Russland häufig sehr kritisch betrachtet. Anlass

**Tabelle 3: Deutsche Erdöleinfuhr 2004**

	Millionen Tonnen	in Prozent
Russland	37	34
Norwegen	22	20
Afrika	17	15
Großbritannien	13	12
sonstige Länder	12	11
Naher Osten	9	8
insgesamt	109	99

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energiedaten Tab. 13, Rohöleinfuhr nach Herkunftsgebieten, [www.bmwi.de/Navigation/Technologie-und-Energie/Energiepolitik/energiedaten.html](http://www.bmwi.de/Navigation/Technologie-und-Energie/Energiepolitik/energiedaten.html) (1. 2. 2006).

**Tabelle 4: Deutsche Erdgaseinfuhr 2004**

	Milliarden Kubikmeter	in Prozent
Russland	38	42
Norwegen	26	28
Niederlande	23	25
Dänemark/ Großbritannien	4	4
insgesamt	91	100

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

dafür sind nicht Probleme in den direkten Beziehungen beider Länder, sondern der Umgang des russischen Staates mit seinen Bürgern und mit den westlichen Nachbarstaaten: Einerseits Abbau von Demokratie, Schwächung des Parlamentarismus, Einschränkung der Pressefreiheit, Gewaltexzesse in Tschetschenien, Druck auf die GUS-Staaten Ukraine, Moldau und Georgien, die sich von Moskau entfernen wollen, andererseits Unterstützung des totalitären Lukaschenko-Regimes in Weißrussland sowie der separatistischen Kräfte in Transnistrien, Nordossetien und Abchasien.<sup>17</sup> Umgekehrt reagiert man in Russland sehr empfindlich auf derartige Vorhaltungen, bezichtigt die Kritiker der Unkenntnis der Verhältnisse, fühlt sich falsch verstanden und bevormundet. Dies ist exemplarisch in der Tschetschenien-Frage zu beobachten, wo die russische Seite sich als Kämpfer gegen den in-

<sup>17</sup> Zur Kritik des „Systems Putin“ vgl. Heinrich Vogel, Rußland ohne Demokratie, SWP-Studie 38/2004, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006); Eberhard Schneider, Putins zweite Amtszeit, SWP-Studie 1/2006, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006).

ternationalen Terrorismus, als Verbündeter des Westens begreift und dafür vergeblich Anerkennung einfordert, ohne die negativen Auswirkungen der Präsenz der eigenen Truppen in Tschetschenien sowie im Nordkaukasus und der von Moskau dort installierten Regime wahrhaben zu wollen.<sup>18</sup> Trotz der breiten deutsch-russischen Gesprächsbasis ist nicht absehbar, dass sich die Auffassungen in den genannten Fragen annähern.

## Enge Energiebeziehungen

Die wirtschaftlichen Beziehungen werden auf beiden Seiten im Allgemeinen positiv gewertet, allerdings werden die engen Energiebeziehungen aus deutscher Sicht gleichzeitig als problematisch eingestuft. Deutschland, das 97 Prozent seines Erdölverbrauchs und über 80 Prozent seines verbrauchten Erdgases importieren muss, hat in Russland einen verlässlichen Großlieferanten gefunden. Aus Russland kamen 2004 rund 34 Prozent der deutschen Erdöleinfuhren und 42 Prozent der Erdgasimporte (vgl. *Tabellen 3 und 4*).

Was bedeutet diese enge Verflechtung auf dem Energiegebiet? Gewährt sie Energiesicherheit, oder bringt sie gefährlich hohe Energieabhängigkeit? Was die numerischen Relationen anbelangt, so lässt sich aus ihnen unmittelbar kein Urteil ableiten. Deutschland, das von Energieträgerexportländern umgeben ist, kann sich einer hohen Diversifizierung seiner Energieimporte erfreuen. Aber wird das in Zukunft so bleiben, wenn Deutschland noch mehr Erdöl und Erdgas von Russland beziehen wird? Russland besitzt neun Prozent der weltweiten Vorräte an konventionellem Erdöl sowie 34 Prozent der Erdgasvorkommen.<sup>19</sup> Die Erdöl- und Erdgasfelder sind über das gesamte Territorium der Russischen Föderation verteilt, wobei der Schwerpunkt der Förderung gegenwärtig in Westsibirien liegt (vgl.

<sup>18</sup> Vgl. Uwe Halbach, Gewalt in Tschetschenien. Ein gemiedenes Problem internationaler Politik, SWP-Studie 4/2004, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006).

<sup>19</sup> Vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Energiestudie 2004, [www.bgr.bund.de](http://www.bgr.bund.de) (1. 2. 2006), Tab. 7 und Tab. 11. Unter „konventionellem Erdöl“ wird Erdöl verstanden, das durch Pumpen gefördert werden kann. Dazu kann Erdöl auf „unkonventionelle“ Weise aus Schwerstölen und Ölsanden gewonnen werden.

Karte 1). Freilich kann keine Rede davon sein, dass Russland gegebenenfalls etwa an Stelle des Nahen Ostens die Versorgung der westlichen Länder mit Erdöl übernehmen könnte, denn Russland verfügt über keine ungenutzten Reservekapazitäten. Für Europa, dessen Erdölverbrauch bis 2025 noch um ein Drittel zunehmen wird, dürfte es ein zuverlässiger Lieferant im bisherigen Umfang bleiben, wobei zusätzliche Erdölimporte vorwiegend aus dem Nahen Osten, aus Afrika und dem kaspischen Raum zu erwarten sind.<sup>10</sup> Da der deutsche Erdölbedarf künftig abnehmen wird, wird bei gleichbleibender Liefermenge der Anteil Russlands am deutschen Erdölimport auf rund 40 Prozent ansteigen.<sup>11</sup>

Russisches Erdgas hat auf dem europäischen Markt eine dominierende Stellung, denn es kann durch die noch aus sowjetischen Zeiten stammenden Pipelinenetze aus westsibirischen Gasfeldern preisgünstig geliefert werden. Künftig werden bei steigenden Kosten der sich in die Barentssee und die Jamal-Halbinsel verlagernden russischen Erdgasförderung die Importe aus Afrika und dem Nahen Osten erhöhte Anteile gewinnen, und Russlands relativer Anteil an den europäischen Erdgasimporten wird sinken. Russlands Erdgaslieferungen werden davon abgesehen zunehmend Richtung China und Japan gelenkt werden (vgl. Karte 2). Dies wird Europas Versorgung allerdings nicht tangieren, da dafür überwiegend ostsibirische und fernöstliche Vorkommen in Anspruch genommen werden, die für den europäischen Markt wegen der hohen Transportentfernung ohne-

hin nicht in Frage kommen.<sup>12</sup> Auch das Erdöl, das durch neue Pipelines nach China und zur Pazifikküste transportiert werden soll, wird vorwiegend aus ostsibirischen Feldern und von Sachalin kommen, jedoch nicht aus den für Europa wichtigen westsibirischen Feldern. Eine geopolitische Konkurrenz zwischen Deutschland bzw. Europa einerseits, Asien und den USA andererseits um russisches Erdöl und Erdgas wird daher nicht drohen.<sup>13</sup>

Die deutschen Erdgasimporte werden bis 2025 um rund 25 Prozent auf dann rund 105 Mrd. Kubikmeter ansteigen.<sup>14</sup> Da absehbar ist, dass bis dahin die Einfuhren aus den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien zurückgehen werden, während die Erdgasbezüge aus Norwegen etwa auf gleicher Höhe bleiben dürften, müssten die Importe Deutschlands aus Russland um rund zwei Drittel auf rund 60 Mrd. Kubikmeter zunehmen. Sie werden dann ab 2020 einen Anteil von 55 bis 60 Prozent der gesamten deutschen Erdgasimporte ausmachen. Deutschland läge mit dieser numerischen Abhängigkeit in dem Bereich, den die östlichen EU-Länder aufweisen.<sup>15</sup> Ob dies als zu hoch angesehen wird, hängt von der Bewertung Russlands als politisch zuverlässigem Partner ab. Weil die Gasexporte nach Deutschland ein Viertel der russischen Erdgasexporte nach Europa ausmachen, ist offensichtlich, dass die Abhängigkeit allenfalls gegenseitiger Natur ist. Eine einseitige Abhängigkeit und damit eine potenzielle Bedrohung der deutschen Energiesicherheit ist somit nicht gegeben.<sup>16</sup>

<sup>10</sup> Nach der als optimistisch einzustufenden Prognose der Energy Information Administration (EIA) wird Russlands Export von Erdöl und Erdölprodukten je nach Entwicklung des Erdölpreises von 340 Mio. t (2005) auf 390 bis 450 Mio. t (2020) ansteigen. Die Exporte aus dem kaspischen Raum werden von 30 Mio. t (2005) auf 170 bis 195 (2020) Mio. t zunehmen. Siehe dazu Roland Götz, Russlands Erdöl und der Welt-Erdölmarkt, SWP-Studie 40/2005, S. 24 ff.

<sup>11</sup> Der deutsche Erdöl-Einfuhrbedarf wird bis 2025 wegen der zunehmenden Abkoppelung des Energieeinsatzes vom Wirtschaftswachstum von gegenwärtig über 100 Mio. t auf rund 90 Mio. t zurückgehen, siehe Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (Hrsg.), Energiereport IV. Die Entwicklung der Energiemärkte bis zum Jahr 2030, München 2005, S. 380 ff.; siehe dazu auch die Kurzfassung: [www.ewi.uni-koeln.de/content/e266/e563/e3009/EnergiereportIV\\_Kurzfassung\\_de\\_ger.pdf](http://www.ewi.uni-koeln.de/content/e266/e563/e3009/EnergiereportIV_Kurzfassung_de_ger.pdf) (1. 2. 2006).

<sup>12</sup> Vgl. Roland Götz, Russlands Erdöl und Erdgas drängen auf den Weltmarkt, SWP-Studie 34/2004, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006).

<sup>13</sup> Eine andere Meinung vertritt Alexander Rahr, Die neue OPEC. Wie Russland zur globalen Energie-Supermacht werden will, in: Internationale Politik, 31 (2006) 2, S. 15–23, [www.internationalepolitik.de](http://www.internationalepolitik.de) (13. 2. 2006).

<sup>14</sup> Vgl. Energiewirtschaftliches Institut (Anm. 11).

<sup>15</sup> Vgl. Roland Götz, Nach dem Gaskonflikt. Wirtschaftliche Konsequenzen für Russland, die Ukraine und die EU, SWP-Aktuell 3/2006, hier Tab. 3, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006).

<sup>16</sup> Anders dagegen: Frank Umbach, Europas nächster Kalter Krieg. Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit, in: Internationale Politik, 61 (2006) 2, S. 6–14, [www.internationalepolitik.de](http://www.internationalepolitik.de) (1. 2. 2006).

Karte 1: Öl- und Gasregionen



Karte 2: Öl- und Gaspipelines in Ostsibirien und im Fernen Osten Russlands



Zunehmende deutsche Energieträgerimporte aus Russland werfen die Frage nach der Verfügbarkeit und Sicherheit der Transportwege aus dem Osten auf. Die Transportwege für Erdöl und Erdgas aus Russland Richtung Europa führen durch Gelände, das nicht durch Erdbeben gefährdet ist und weniger als andere Weltgegenden zum Operationsgebiet von Terroristen gehört. Unterbrechungen der Fernpipelines durch Transitstaaten (Belarus und die Ukraine im Zusammenhang mit Streitigkeiten über Gaspreise bei der Inlandsversorgung) waren bislang äußerst kurzfristig und beeinträchtigten die Gasversorgung Deutschlands und Europas nicht. Auf alle Fälle könnte, so wird argumentiert, die geplante Nordeuropäische Gaspipeline (NEGP) (bzw. „Ostseepipeline“) einen wichtigen Beitrag zur deutschen Energiesicherheit leisten, weil sie nicht durch potenziell unsichere Transitländer (gemeint sind die Ukraine, Belarus und Polen) verläuft (vgl. *Karten 3 und 4*).

Die Ostseepipeline hat erhebliche Proteste in den baltischen Staaten und in Polen hervorgerufen, die vor allem auf den dort entstandenen Eindruck einer absichtlichen Umgehung dieser Staaten und einer Einigung Deutschlands und Russlands über ihre Köpfe hinweg zurückzuführen sind.<sup>17</sup> Hierbei wurde deutlich, wie wichtig eine rechtzeitige Information und Konsultation aller von der deutschen Russlandpolitik betroffenen Staaten ist. Der rationale Kern der Verstimmung im Baltikum und in Polen besteht darin, dass die alternativen Möglichkeiten einer Erweiterung der russischen Gastransportkapazitäten nach Westen, nämlich die vorgesehene geplante Verdoppelung der Jamal-Pipeline durch Belarus und Polen von 30 Mrd. Kubikmeter auf 60 Mrd. pro Jahr bzw. der Ausbau des ukrainischen Pipelinenetzes (gegenwärtig rund 120 Mrd. Kubikmeter, erweiterbar auf 190 Mrd. pro Jahr) durch den Bau der Ostseepipeline mit ihrer Endkapazität von 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr faktisch hintan gestellt werden. Damit entgehen den betroffenen Staaten potenzielle Investitionen und

<sup>17</sup> Die sonstigen Streitpunkte wie seerechtliche Fragen, die von versenkten Sprengkörpern aus dem Zweiten Weltkrieg ausgehenden Gefahren sowie ökologische Bedenken werden sich unter Einbeziehung nicht nur der russischen und deutschen Seite, sondern auch der Ostsee-Anrainerstaaten klären lassen.

Transitgebühren. Freilich ist nicht ausgeschlossen, dass die Kapazitätserweiterungen des weißrussisch-polnischen bzw. des ukrainischen Netzes zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

## Russland als Partner Deutschlands

Dankbar für Russlands Entgegenkommen bei der Wiedergewinnung seiner Einheit, stand Deutschland an vorderster Stelle bei der finanziellen Unterstützung der Transformation Russlands in eine Demokratie und Marktwirtschaft.<sup>18</sup> Wie weit diese Transformation gelang, bleibt umstritten.<sup>19</sup> Auf jeden Fall hat sich Russland, nicht zuletzt, weil viele der ehemaligen Partei- und Staatsbürokraten zu erfolgreichen Privateigentümern wurden, vom Kommunismus abgewandt. Die Distanzierung vom kommunistischen Regime wurde, anders als in Osteuropa, in Russland jedoch nicht zur Grundlage einer neuen staatlichen Identität. Auch konnte das neue Russland nicht, wie die anderen aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten, sein Selbstverständnis im Wege einer „nationalen Wiedergeburt“ in Opposition zur russischen Vorherrschaft gewinnen. Russland, das in den heutigen Grenzen als Nationalstaat nie existierte, sucht seither einen eigenen Weg. Dabei ist sich die russische politische Klasse längst nicht einig darüber, ob dieser nur einen Umweg darstellt, um irgendwann in das westliche Lager einzumünden, oder ob Russland – wie die „Eurasier“ meinen – auf ein besonderes Modell von Staat und Gesellschaft sowie in den Beziehungen zu anderen Ländern zusteuern sollte.<sup>20</sup> Mit dem Verweis auf Russlands Machtpotenziale (Raum, Ressourcen und Raketen) träumen manche in Russland vom Wiederaufstehen des Imperiums, zumindest von einem engen Bündnis der

<sup>18</sup> Deutschland beteiligte sich zwischen 1990 und 1994 mit 4,4 Mrd. DM an multilateralen Programmen für technische und humanitäre Hilfe. Weit größere Beträge wurden im Zusammenhang mit der Rückführung der sowjetischen Truppen und der Umschuldung der sowjetischen Staatsschulden zur Verfügung gestellt.

<sup>19</sup> Siehe dazu den Beitrag von Lilia Schevtsova in diesem Heft.

<sup>20</sup> Zu den Vorstellungen der Eurasier siehe Katrin Bastian/Roland Götz, Unter Freunden? Die deutsch-russische Interessenallianz, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 50 (2005) 5, S. 583–592, hier S. 591 ff.



Karte 3: Ölpipelines im Westen Russlands



GUS-Staaten unter russischer Vorherrschaft.<sup>121</sup>

Der vergleichsweise liberale innenpolitische Ansatz Boris Jelzins und des „frühen“ Wladimir Putin hatten als außenpolitische Grundlinie die Annäherung an Europa und die zumindest teilweise Integration in dessen Strukturen erwarten lassen. So findet man in

<sup>121</sup> Vgl. Gernot Erler, *Russland kommt*, Freiburg–Basel–Wien 2005, S. 156 ff.; Jutta Scherrer, *Ideologie, Identität und Erinnerung*, in: *Osteuropa*, 54 (2004) 8, S. 27–41, hier S. 34 ff.

der Rede, die Putin (noch unter dem Eindruck des 11. September) am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat, den Wunsch nach „echter Partnerschaft“ und sogar nach einem Aufgehen Russlands in einem „Großeuropa“ und der Vereinigung der Potenziale Deutschlands mit denen Russlands.<sup>122</sup> Von solchen beinahe schwärmerischen Vorstellungen, die an Gorbatschows

<sup>122</sup> Rede des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin im Bundestag vom 25. 9. 2001, [www.documentarchiv.de/brd/2001/rede\\_putin\\_bundestag.html](http://www.documentarchiv.de/brd/2001/rede_putin_bundestag.html) (1. 2. 2006).



Karte 4: Gaspipelines im Westen Russlands



Wunsch nach einem Gemeinsamen Haus Europa erinnern, ist heute in Moskau nicht mehr viel zu hören. Umgekehrt haben auf westlicher Seite das ungelöste Tschetschenienproblem, die Chodorkowski-Affäre einschließlich der Übertragung des Jukos-Vermögens an den Staatskonzern Rosneft, das durch das russische Vorgehen mit verschuldete Disaster von Beslan oder die Parteinahmen des Kremls in den ukrainischen Präsidentenwahlen Zweifel an der Eignung Russlands als europäischem Partner geweckt.

Russlands Platz wird heute von der Moskauer politischen Elite irgendwo zwischen Regionalmacht und Weltmacht verortet.<sup>123</sup> Russische Analytiker wie der dem Kreml nahe stehende Vorsitzende der Parteistiftung der Jedinaja Rossija (Einheitliches Rußland)

<sup>123</sup> Vgl. Lilia Schevtsova, *Rossija – god 2006: Logika politeskogo stracha* (Russland 2006 – die Logik der politischen Angst), in: *Nezavisimaja gazeta* vom 13. und 16. 12. 2005; Auszüge siehe dies., *Russia in 2006: The logic of political fear*, [www.russiaprofile.org/cdi/2005/12.19.2904.wbp](http://www.russiaprofile.org/cdi/2005/12.19.2904.wbp) (1.2.2006).

Wjatscheslaw Nikonow sprechen sich für eine multipolare Außenpolitik aus, die Russland Handlungsfreiheit in alle Richtungen ermögliche, lehnen jedoch ein Aufgehen in europäischen Strukturen ab.<sup>124</sup> Russland solle eine unabhängige Rolle in der Weltpolitik spielen, zwar in globalen Vertragssystemen wie UNO, G 8 und demnächst WTO und OECD agieren, sich jedoch nicht gänzlich in übergeordnete Regime wie NATO und EU integrieren, sondern seine Souveränität bewahren. Es solle mit den anderen Weltmächten auf gleichberechtigter Basis verkehren und sich an seinem eigenen Nutzen und am Prinzip des Mächtigegleichgewichts orientieren. Die alternative Vorstellung von einer europäischen Orientierung Russlands wird dagegen nur von einer kleinen Zahl russischer Analytiker geteilt.<sup>125</sup>

Da die Anhänger der „Großmachtoption“ die EU als Verband miteinander konkurrierender Länder begreifen, drängen sie auf bilaterale Beziehungen, darunter an hervorragender Stelle die mit Deutschland. Auch die Vorstellung einer Achse Paris–Berlin–Moskau, die der amerikanischen Hegemonie Paroli bieten und gleichzeitig einen Keil in die EU-Phalanx treiben soll, entspricht diesem Denken. Umgekehrt wird Deutschlands Rolle oft als die eines Türöffners für Russlands Integration nach Europa gesehen, ohne dass dabei beachtet wird, dass Russland einer solchen Hilfestellung gar nicht bedarf, weil die Hindernisse nicht in einer Abwehrhaltung der EU, sondern im Unwillen Russlands, sich europäischen Spielregeln zu unterwerfen, zu suchen sind.

Eine Folge des komplexen deutsch-russischen Verhältnisses ist es, dass ihm keine einfache Formel gerecht werden kann. Die Floskel von der Völkerfreundschaft ist durch die DDR-Praxis gründlich entwertet worden, weswegen wohl Bundeskanzlerin Angela Merkel auf sie verzichtete, als sie im Januar 2006 in ihrer neuen Funktion Präsident Putin in Moskau traf. Stattdessen bekräftigte sie die „strategische Partnerschaft“ mit Russland, auf die sich anlässlich des ersten deutsch-russischen Gipfeltreffens im Juni 2000 in Berlin bereits der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und Putin verständigt hatten.<sup>126</sup>

In Russland allerdings wird nicht verstanden, warum man gegenüber den „amerikanischen Freunden“ zurückgesetzt und ihnen „nur“ Partnerschaft, nicht „Freundschaft“ angeboten wird. Zu russisch-deutschen Missverständnissen führt, dass man in Russland unter „strategischer Partnerschaft“ eine Interessenallianz versteht. Für die russische Politik sind strategische Partner solche, mit denen man zum gegenseitigen Nutzen wichtige Projekte durchführt und Zielsetzungen teilt. Daher ist die Liste der strategischen Partner Russlands lang, und fast jedes Land der Erde könnte darauf erscheinen. Dagegen versteht man im außenpolitischen Diskurs der EU unter „strategischer Partnerschaft“, seit sie den Begriff in ihrer Gemeinsamen Strategie gegenüber Russland (1999) einführte, sowohl eine Interessenallianz wie auch eine Partnerschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte.<sup>127</sup> Die entsprechende russische Mittelfristige Strategie (1999) der Beziehungen zur EU beschränkt sich dage-

<sup>124</sup> Vgl. Wjatscheslaw Nikonow, Strategija Putina (Die Strategie Putins), in: Rossijskaja gazeta vom 22. 12. 2004, engl. Übersetzung in: Russia in Global Affairs, 3 (2005) 1, <http://eng.globalaffairs.ru/numbers/10/813.html> (1. 2. 2006), siehe dazu auch Falk Bomsdorf, Ein Hauch von Ukraine, SWP-Zeitschriftenschau 4/2005, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006).

<sup>125</sup> Zu den russischen außenpolitischen Konzeptionen vgl. Hannes Adomeit/Rainer Lindner, Die „Gemeinsamen Räume“ Russlands und der EU, SWP-Studie 34/2005, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006), hier S. 10 f.; Marek Menkiszak, Russia vs. the European Union – A Strategic Partnership Crisis, CES-Studies 22/2006, [www.osw.waw.pl](http://www.osw.waw.pl) (1. 2. 2006).

<sup>126</sup> Vgl. Christian Meier/Heinz Timmermann, Nach dem 11. September: Ein neues deutsch-russisches Verhältnis?, SWP-Aktuell 22/2001, S. 5, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006).

<sup>127</sup> Vgl. Rolf Schuette, Interest and values: A European Perspective, Carnegie Paper 54/2004, [www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=16269&prog=zru](http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=16269&prog=zru) (1. 2. 2006). Text der Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Russland: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/ceeca/com\\_strat/russia\\_99.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf) (1. 2. 2006). Aber auch die EU verwendet den Begriff der strategischen Partnerschaft gelegentlich in einem eingeschränkten Sinn, wenn sie etwa von strategischen Partnerschaften mit der Mittelmeer-Region, China und ganz Afrika spricht.

gen bezeichnenderweise auf die Formulierung gemeinsamer Interessen ohne Bezug auf gemeinsame Werte.

Unter Schröder erweckte die deutsche Russlandpolitik den Eindruck, sich trotz der demonstrativen Freundschaft der Spitzenpolitiker auf eine nur auf gemeinsamen Interessen basierende Partnerschaft beschränken zu wollen, denn von deutscher Seite wurden öffentliche Stellungnahmen zu den inneren Verhältnissen des Partners vermieden.<sup>128</sup> Dagegen hielt die Opposition aus CDU/CSU und FDP daran fest, dass eine Partnerschaft mit Russland ohne ein gemeinsames Wertefundament nicht gedeihen könne.<sup>129</sup>

Gemeinsame Werte sind ein wichtiges Element einer auf Kooperation setzenden Außen- und Sicherheitspolitik. Dies hat der ehemalige US-Außenminister Colin Powell bestätigt, als er in einem Artikel in der „Izvestija“ darauf verwies, dass jenseits von Interessen und des Vertrauens zwischen politischen Führern die Fähigkeit zur Kooperation zwischen Nationen auf einer Konvergenz der grundlegenden Prinzipien, die in den Gesellschaften geteilt werden, beruhe.<sup>130</sup> Der Verknüpfung von Werten und Interessen liegt ebenfalls die Vorstellung zugrunde, dass erst die Anerkennung und Praktizierung von demokratischen Werten und einer ihnen entsprechenden Rechtsordnung die marktwirtschaftliche Ordnung in Russland langfristig garantieren könne. Diese wiederum ist Fundament einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung, die nicht nur auf dem Export von Erdöl und Erdgas beruht. Sie ist eine wichtige Vorbedingung für das erfolgreiche Engagement von kleinen und mittleren Unternehmen, die auf ein funktionierendes Rechtssystem angewiesen sind. Daran hat auch Deutschland hohes Interesse. Somit gibt es gute Argumente dafür, auf einem dualen

<sup>128</sup> Vgl. Hannes Adomeit/Katrin Bastian/Roland Götz, Deutsche Russlandpolitik unter Druck, SWP-Aktuell 56/2004, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org) (1. 2. 2006).

<sup>129</sup> Vgl. Hans-Joachim Spanger, Paradoxe Kontinuitäten. Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionsären Farbenlehren, in: HSFK-Report 12/2005, S. 13 ff., [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de) (13. 2. 2006).

<sup>130</sup> Gastbeitrag von Colin Powell in Izvestija vom 26. 1. 2004, hier zit. nach: Hans-Joachim Spanger, Modernisierung contra Demokratisierung: Putins russischer Weg, in: HSFK-Report 12/2004, S. 34 ff., [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de) (1. 2. 2006).

Ansatz gegenüber Russland zu bestehen und neben pragmatischen Vereinbarungen im außen- und sicherheitspolitischen Bereich (z. B. bei der Einbeziehung Russlands in die Lösung der Iran-Frage) auch Fortschritte bei der Gestaltung der inneren Verhältnisse zu fordern.

## Ausblick

Deutschland und Russland befinden sich in einem evolutionären Prozess der Annäherung, der weit über die wirtschaftliche und außenpolitische Kooperation hinausreicht. Dem kommt zugute, dass es in den bilateralen Beziehungen keine großen Konflikte gibt. Auch die noch enger werdenden Energiebeziehungen können angesichts der starken gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit kein Grund zur Sorge sein. Verstimmungen werden auch künftig zu Tage treten, wenn von deutscher Seite eine deutlichere Entwicklung Russlands hin zu Demokratie und Marktwirtschaft angemahnt und von russischer Seite dafür wenig Verständnis gezeigt wird.

Die beabsichtigte „strategische Partnerschaft“ zwischen Russland und Deutschland wird ihr Potenzial nicht ausschöpfen, solange von einer der beiden Seiten darunter im Wesentlichen nur eine sich auf bestimmte Kooperationsfelder beschränkende Interessentalianz verstanden wird. Die Qualität der deutsch-russischen Beziehungen wird davon abhängen, ob in Russland künftig diejenigen Kräfte tonangebend werden, die einen „besonderen russischen Weg“ befürworten, oder diejenigen, die für eine weitere Annäherung an Europa eintreten.

Bei einigen östlichen Nachbarn Deutschlands entstand der falsche Eindruck einer deutsch-russischen Verständigung auf ihre Kosten. Durch Einbeziehung aller betroffenen Staaten über deutsche Initiativen und Entscheidungen der Russlandpolitik kann die Kommunikationsschieflage korrigiert werden, die durch das Übergewicht rein bilateraler deutsch-russischer Treffen und Konsultationen entstanden ist.

Jutta Scherrer

# Russlands neue-alte Erinnerungsorte

Die Konjunktur des Begriffspaares „Geschichte und Erinnerung“ in westlichen Gesellschaften geht auch an Russland nicht spurlos vorüber. Allerdings sucht man die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit auf der Agenda der russischen Geschichtspolitik vergebens. Die moralische Dimension dessen, was in westlichen Demokratien unter „politisch-korrekt“ verstanden wird, ist im öffent-

lichen russischen Diskurs nicht bekannt. Hier bezieht sich „politisch-korrekt“ stets auf das, was dem Interesse des Staates dient.<sup>1</sup> Im Zentrum der staatlich gelenkten Erinnerungskultur steht allein die Suche nach einer brauchbaren oder nutzbaren Vergangenheit. Die

Erfindung neuer wie die Umwidmung alter Erinnerungsorte geschieht nahezu ausschließlich im Hinblick auf die Konstruktion einer postsowjetischen Identität für die russische Nation. Inwieweit dieses Konzept über das russische Kernvolk hinweg auch die zahlreichen anderen Ethnien einbezieht, welche das Territorium der Russischen Föderation bevölkern, wird nur selten angesprochen oder von der vagen Metapher der „russischen Idee“ übertüncht.

Für den Findungsprozess der postsowjetischen Identität ist bezeichnend, dass in der russischen Gesellschaft keine Schlachten um ihre historische Erinnerung geschlagen werden wie derzeit etwa in Frankreich um die Erinnerung an Kolonialismus, Sklaverei und Immigration oder in Deutschland um die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. In Russland geht alles seinen ruhigen Gang. Gelassen werden „von oben“ verordnete Entschei-

gen zur öffentlichen Erinnerung zur Kenntnis genommen und ebenso gelassen bisweilen auch ignoriert. Die Kontinuität einer jahrzehntelang von Staat oder Partei vorgegebenen Geschichtspolitik wirkt noch immer nach. Die Zivilgesellschaft ist an der Konstruktion einer Erinnerungskultur und den mit ihr verbundenen Wertvorstellungen kaum beteiligt, von Ausnahmen wie der mutigen Tätigkeit der Menschenrechtsorganisation Memorial abgesehen.

Der im vergangenen Jahr dekretierte „Tag der nationalen Einheit“ (*Den' narodnogo edinstva*), der die nicht mehr zeitgemäße Erinnerung an die Oktoberrevolution ablösen soll, ist ein schlagendes Beispiel für den politischen Gebrauch von Geschichte zu Zwecken nationaler Kohäsion. Worum ging es bei der Wahl des neuen nationalen Feiertags? Was stand auf dem Spiel?

## „Tag der nationalen Einheit“

Wie man sich erinnert, hatte bereits die historische Publizistik der Perestrojka die Oktoberrevolution zum Staatsstreich herabgewürdigt. Doch der nationale Feiertag am 7. November wurde auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Ende 1991 beibehalten. Zwar hatte Boris Jelzin 1997 die Erinnerung an die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ zum „Tag der Eintracht und Versöhnung“ umfunktionierte, doch der Durchschnittsruße, der die so genannte „kollektive Erinnerung“ verkörpert, wusste hiermit nicht viel anzufangen. Das von Jelzin für den neuen-alten Feiertag versprochene Mahnmal für die Opfer der Revolution ist bisher nicht errichtet worden. Dagegen blieb der Erinnerungsort an den einbalsamierten Führer der Revolution und Gründer des Sowjetstaates im Mausoleum auf dem Roten Platz trotz gelegentlicher Einwände von Öffentlichkeit und Kirche bis heute erhalten.

<sup>1</sup> So entschied im Februar 2006 ein russisches Gericht in einem Prozess gegen den Vorsitzenden der russisch-tscheschenischen Freundschaftsorganisation, dass seine Verwendung „tscheschenisches Volk“ nicht „politisch-korrekt“ sei. „Stalins Deportation der Tschetschenen 1944“, befand die Richterin, „stand mit der Politik im Einklang, die zu jener Zeit im Interesse des Staates geführt wurde.“ Zit. von Marie Jégo, *Un journaliste qui avait publié des leaders tchétchènes condamnés*, in: *Le Monde* vom 5./6. 2. 2006, S. 5.

**Jutta Scherrer**  
Dr. phil., geb. 1942; Professorin für Russische Geschichte an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS) in Paris und Forscherin am Centre Marc Bloch in Berlin.  
EHESS, 54, boulevard Raspail, 75006 Paris/Frankreich.  
scherrer@ehess.fr

Wladimir Putin führte 2001 die alte sowjetische Nationalhymne wieder ein, die Jelzin 1990 durch eine Melodie aus Glinkas „Ein Leben für den Zaren“ ersetzt hatte. Putin gab auch der Armee das rote Sowjetbanner mit dem Sowjetstern zurück, das Jelzin eingezogen hatte.<sup>12</sup> Schon meinten einige kritische Stimmen, das putinsche mit dem sowjetischen Russland gleichsetzen zu können. Doch jetzt fand sich nach längerem Suchen in Russlands ereignisreicher Geschichte eine Episode, wobei dem orthodoxen Christen Putin der Kirchenkalender zur Hilfe kam, die den Gedenktag an die Oktoberrevolution endgültig ablösen soll. Um die in mehr als sieben Jahrzehnten eingeübten Gewohnheiten des Volks nicht allzu sehr zu verunsichern, wurde mit Absicht ein Datum gewählt, das den „roten Tag“ im Kalender nur um wenige Tage vorverlegt.

Am 4. November 2005 war das russische Volk erstmals aufgerufen, sich an ein Ereignis zu erinnern, das nach Meinung der Staatsduma am selben Tag im Jahre 1612 stattgefunden hat: Damals hatte eine von Nizhnij Nowgorod ausgehende Volkswehr unter dem Kommando des Bürgers Kozma Minin und des Fürsten Dmitrij Pozharskij den Moskauer Kreml von der polnischen Besatzung befreit. Aus der Sicht der Duma bedeutet dies das Ende der politischen „Wirren“ (*smuta*), wie die Zeitgenossen die jahrzehntelange dynastische, soziale und nationale Krise schon damals nannten. Der erste Romanow kam auf den russischen Thron (1613) und mit ihm neue Wertvorstellungen über die russische Staatsmacht, wie Putins Hofhistoriker Andrej Sakharow in der „Literaturnaja gazeta“ in Erinnerung rief.<sup>13</sup> Putin selbst erklärte in einer Ansprache auf dem Roten Platz in unmittelbarer Nähe des Denkmals von Minin und Pozharskij, das ihnen „das dankbare Russland“ bereits 1818 aufgestellt hatte: „Der Kreml war das politische und geistige Zentrum Russlands. Die polnischen Besatzer bedrohten die Existenz des gesamten russischen Staates. Die Befreiung wurde durch den Zusammenschluss des Volkes möglich, dessen Vertreter unterschiedlichen Glaubensbe-

<sup>12</sup> Vgl. Jutta Scherrer, Zurück zu Gott und Vaterland, in: Die Zeit, Nr. 31 vom 26. 7. 2001, S. 31.

<sup>13</sup> Andrej Nikolaevic Sakharov, Kogda ukhodit Smutnoe vremja, in: Literaturnaja gazeta, Nr. 45–46 vom 2.–8. 11. 2005, S. 3.

kenntnissen, Nationalitäten und sozialen Schichten angehörten. Das ist besonders symbolisch und wichtig für unseren Vielvölkerstaat. Solange wir eine solche Einheit im Inneren spüren, wird Russland unbesiegt bleiben.“<sup>14</sup>

Die Analogie zu der von Putin seit Beginn seiner Herrschaft unablässig wiederholten Forderung nach dem starken russischen Zentralstaat und dem einheitlichen Volk aller Russländer ist offensichtlich. Die neue Wertvorstellung von der „Wiedergeburt Russlands“ auf der Grundlage der nationalen Einheit und der „gelenkten Demokratie“ soll die „Wirren“ der neunziger Jahre endgültig beenden. Dass das Datum des 4. November keineswegs historisch belegt ist und die „Wirren“ des 17. Jahrhunderts auch nicht an einem einzigen Tag, ja nicht einmal im Laufe eines Jahres beigelegt waren, braucht den Politiker Putin nicht weiter zu irritieren. Schwerer wiegt allerdings, dass das russische Volk von dem neuen-alten Erinnerungsort wenig überzeugt ist. Nicht mehr als acht Prozent der Bevölkerung konnten sich laut Umfragen an das von Putin beschworene historische Datum erinnern, das sich übrigens in keinem Geschichtsbuch findet. Nicht mehr als ein Prozent der Bevölkerung nahm an den landesweit organisierten Feierlichkeiten teil.<sup>15</sup> Eine gewisse Nostalgie nach dem Herzstück der sowjetischen Identitäts- und Vergangenheitspolitik blieb keineswegs nur bei den Kommunisten zurück. Meinungsumfragen zufolge ist für ein Drittel der Bevölkerung der 7. November noch immer „der wichtigste Tag in der russischen Geschichte“.<sup>16</sup> Vor allem aber ist es die Gewohnheit an zwei arbeitsfreie „Revolutionstage“, die stärker ist als alle putinsche Staatsrason.

Nicht zuletzt deshalb ließ sich der Revolutionsfeiertag nicht gänzlich dem Vergessen überantworten. Er findet sich jetzt gleichberechtigt neben anderen offiziellen Gedenktagen wie dem 1. Mai, dem Tag der Frauen, dem Tag der Verteidiger der Heimat, die aus

<sup>14</sup> www.regnum.ru/news, 4. 11. 2005; www.Russland.ru, 4. 11. 2005.

<sup>15</sup> Darunter einige Tausend junge Ultranationalisten, die die Losung „Russland für die Russen“ propagierten und gegen „mafiose Aserbaidshaner“, „tadschikische Drogenschmuggler“ und „amerikanisches Ungeziefer“ protestierten.

<sup>16</sup> Izvestija vom 3. 1. 2005.



der Sowjetära übernommen wurden, und den neuen, vom postkommunistischen Russland eingeführten Gedenktage, zu denen auch kirchliche Feiertage gehören. Zudem wird ab diesem Jahr am 20. Dezember der sowjetische „Tag der Mitarbeiter der Sicherheitsorgane“ wieder begangen.

## „Tag des Sieges“

Der wichtigste aus der sowjetischen Vergangenheit verbliebene Gedenktag, der auch in der postsowjetischen Erinnerungskultur den bedeutendsten Platz einnimmt, ist der „Tag des Sieges“ (*Den' pobedy*), der 9. Mai. Er erinnert weiterhin daran, dass der Sieg über den Nationalsozialismus die Sowjetunion zur Weltmacht und den Vereinigten Staaten ebenbürtig machte, und trifft damit nach wie vor den Konsens aller Schichten der russischen Gesellschaft. Emotional und moralisch bedient die Erinnerung an den Sieg im Zweiten Weltkrieg den Stolz auf eine ruhmreiche Vergangenheit, die in die als weniger glorreich empfundene Gegenwart hineinreicht. Die staatliche Veranstaltung des Kriegsgedenkens kehrt in alter wie in neuer Stärke den unbesiegbaren russischen Staat hervor, dessen Kontinuität Putin zu konsolidieren sucht. So wie die Russische Föderation nach dem Zerfall der Sowjetunion ihr Erbe antrat, hat sie sich auch uneingeschränkt als Siegermacht an die Stelle der ehemaligen Sowjetunion gestellt.

Im Hinblick auf den Krieg als das „zentralste“ Ereignis der kollektiven Erinnerung klaffen öffentliches und privates Gedächtnis noch immer nicht weit auseinander.<sup>17</sup> In den Familien ist das Gedenken an die Opfer des Krieges weiterhin lebendig, auch wenn die unmittelbaren Zeitzeugen immer weniger werden. Junge Paare begeben sich am Tag ihrer Eheschließung nach wie vor zum Grab des „Unbekannten Soldaten“. Freiwillige Jugendgruppen suchen in den Sommerferien alte Schlachtfelder nach Überresten der Gefallenen ab, um

<sup>17</sup> Allerdings zeigen von der Menschenrechtsorganisation Memorial mit Unterstützung der Körber-Stiftung organisierte Geschichtswettbewerbe, die Schüler ermunterten, Familienangehörige über ihre Kriegserfahrungen zu befragen, das wahre Ausmaß der Tragödie und sind somit weit von der offiziellen Verherrlichung des Krieges und dem Patriotismus entfernt. Vgl. hierzu Irina Scherbakowa (Hrsg.), *Russlands Gedächtnis. Jugendliche entdecken vergessene Lebensgeschichten*, Hamburg 2003.

diese endlich würdig zu bestatten. Wie zu sowjetischer Zeit instruiert der Großteil der Schulbücher ausführlich über die Schlachten im „Großen Vaterländischen Krieg“, der nach sowjetischer Tradition vom deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bis zum 9. Mai 1945 gerechnet wird (die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai wurde nach Moskauer Uhrzeit dort erst in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages bekannt). Unmengen an populärer Kriegsliteratur in den Buchhandlungen sowie die Repräsentation der Roten Armee in den Medien erinnern vor allem an den Sieg, weniger an die gewaltigen Verluste, und bezwecken damit, das Bild der Sowjetunion in ihrer Großmachtstellung und als Supermacht aufrechtzuerhalten.

Dass vor allem jüngere Historiker beginnen, diesen Mythos in Frage zu stellen, und Themen erörtern, die bisher tabu waren (wie die Kollaboration in der Ukraine und Weißrussland, die Deportationen nichtrussischer Volksgruppen wie der Wolgadeutschen, Krimtataren, Tschetschenen, Inguschen oder das Verhalten der Roten Armee gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung), hat auf den öffentlichen Umgang mit diesem Teil der sowjetischen Vergangenheit bisher keinen Einfluss. Der offizielle Diskurs ist allein an der für die „Realpolitik“ sinnstiftenden Darstellung Russlands als Großmacht orientiert. Deshalb hatte Putin 2001 auf einer Begegnung mit Historikern gefordert, die Verdienste des siegreichen Russland, vor allem die Rolle seiner Generäle, stärker hervorzuheben.<sup>18</sup>

Der Erinnerungskult an den siegreichen Krieg ist ein Beweis dafür, dass die sowjetische Vergangenheit ungeachtet der Schreckensherrschaft Stalins nicht als belastet gilt und deswegen auch nicht „bewältigt“ werden muss.<sup>19</sup> Er ist emotional und moralisch eine

<sup>18</sup> Irritiert von der Vielzahl der Lehrbücher, die der russische Markt seit dem vergangenen Jahrzehnt für den Geschichtsunterricht anbietet, plädierte Putin später auch für ein landesweit gültiges Einheitsgeschichtsbuch. Nach seinen Vorstellungen hat ein Geschichtsbuch die Gesellschaft zu konsolidieren und nicht verschiedene Meinungen zu repräsentieren. Hierzu Jutta Scherrer, *Geschichte? Aber bitte nur eine!*, in: *Die Zeit*, Nr. 19 vom 4. 5. 2005, S. 46.

<sup>19</sup> Vgl. Andreas Langenohl, *Patrioten, Verräter, genetisches Gedächtnis. Der Große Vaterländische Krieg in der politischen Deutungskultur Russlands*, in: Ma-



Art Deckschild für den Stolz auf eine ruhmreiche Vergangenheit – das einzig Positive, was von der Sowjetunion übrig geblieben ist, wie es aus kritisch-nostalgischem Mund oft zu hören ist. Trotz der erschütternden Aufdeckung der Stalin'schen Repressionen zur Zeit der Perestroika war die Erinnerung hieran schnell verblasst. Heute ist Stalin wieder für viele Russen eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des Landes und einer der größten Weltpolitiker. Der Autoritarismus und die Diktatur des „starken Mannes an der Spitze“ werden als notwendige Mittel zur damaligen Transformation Russlands eingeschätzt. Auf eine im Januar 2005 durchgeführte Umfrage, wie die Befragten dem Vorhaben gegenüberstünden, zum 60. Jahrestag des Siegs ein Stalin-Denkmal aufzustellen, antworteten 29 Prozent „positiv“, 37 Prozent „negativ“ und 28 Prozent „gleichgültig“.

## Russisch-sowjetische Mischidentität

Nach der aufklärerischen Phase der Perestroika ist in Jelzins und Putins Russland ein Patchwork nationaler Mythenarsenale politisch funktionalisiert worden, das quer durch die russische und zu einem geringeren Anteil auch durch die sowjetische Vergangenheit geht. Isabelle de Keghel spricht zu Recht von einer „russisch-sowjetischen Mischidentität“, die sich das postkommunistische Russland konstruiert.<sup>10</sup> Hier ist nicht der Ort, um die zahlreichen Beispiele des Umgangs mit der Vergangenheit zu nennen, die von der Erinnerung an mittelalterliche Schlachten bis zur Evozierung der positiven Seiten von Stalin und Dzerzhinskij (der Gründer der Tscheka) gehen. Erwähnt sei nur, dass zur Suche nach brauchbaren Erinnerungsorten auch die religiös konnotierte Dimension der Erinnerung gehört. So wird immer wieder die Forderung nach einem christlich-orthodoxen Begräbnis

rina Ritter/Barbara Wattendorf (Hrsg.), Sprünge, Brüche, Brücken. Debatten zur politischen Kultur in Russland aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft, Kultursoziologie und Politikwissenschaft, Berlin 2002, S. 121. Langenohl vertritt die Ansicht, dass die Integrationskraft, die der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Russland zugesprochen wurde, angesichts laut gewordener dissidenter Stimmen insbesondere seit 1995 in Frage gestellt wird.

<sup>10</sup> Vgl. Isabelle de Keghel, Die Staatssymbolik des neuen Russland im Wandel. Vom antisowjetischen Impetus zur russländisch-sowjetischen Mischidentität, Bremen 2004.

von Lenins „corpus delicti“ laut. Konnte sich die Kirche hierbei bisher nicht durchsetzen, so ermöglichte sie die Beisetzung Anton Denikins auf dem Friedhof des zum Patriarchat gehörenden Donskoj-Klosters. Die Überführung der sterblichen Reste des 1947 in der amerikanischen Emigration verstorbenen Generals der Weißen Armee, der in der Sowjetunion als Verräter galt, geschah mit den Worten des Patriarchen Alexej II. als Symbol der „Vereinigung unseres Volkes, das durch die tragische Geschichte unseres Jahrhunderts geteilt wurde“. Unter den Klängen der Sowjethymne, in die neue-alte russische Flagge mit dem zaristischen Emblem des zweiköpfigen Adlers gehüllt, wurde Denikins Sarg mit dem Segen der Kirche nunmehr endgültig der Heimaterde übergeben.

Nach der Auflösung der Sowjetunion ist die russisch-orthodoxe Kirche ein Hauptfaktor der nationalen und kulturellen „Identitätspolitik“ geworden. Als einzige Institution, die ihre Wurzeln im vorrevolutionären Russland hat, ist sie in der „Erinnerung“ vieler Russen mit der Vorstellung einer „heilen Vergangenheit“ verbunden. Weihnachten und Ostern wurden wieder arbeitsfreie Feiertage. An den Festgottesdiensten, die landesweit vom staatlichen Fernsehen ausgestrahlt werden, nimmt das Staatsoberhaupt sowie die neue Nomenklatura teil. Auch andere kirchliche Feste wie Pfingsten, Mariä Himmelfahrt sowie die Gedenktage nationaler Heiliger wie Sergej von Radonezh und Serafim von Sarow werden wieder wahrgenommen und dank der Medien einem größeren Publikum bekannt gemacht.

Gewiss sieht die Verfassung (Artikel 14) die Trennung von Staat und Kirche vor, doch die historische Rolle der Orthodoxie als Staatskirche in vorrevolutionärer Zeit ist allgegenwärtig und wird besonders von kirchlichen Würdenträgern erinnert. Für manche Stimme aus dem höheren Klerus ist orthodox wieder identisch mit russisch und russisch mit orthodox, wie einst im Reiche der Zaren. Die von Jelzin wie von Putin geforderte „geistige und moralische Wiedergeburt Russlands“ auf der Grundlage der Orthodoxie wird von allen politischen Lagern – Kommunisten, Nationalisten und westlichen Liberalen – geltend gemacht. Die Kirche gilt als Träger der Tradition eines starken Staates und soll das fehlende Band zwischen Staat und Gesellschaft knüpfen. Der Wiederaufbau der einst von Stalin gesprengten

Moskauer Christus-Erlöser-Kirche wurde vom Patriarchen Alexis II. und Jelzin gemeinsam unternommen als „Symbol der Größe der Macht Russlands“. Die orthodoxe Kirche bzw. die Orthodoxie steht auch immer dann für Russlands „Eigenständigkeit“ (*samobytnost*), wenn es darum geht, westliche Einflüsse als schädlich zu verwerfen und Russlands „eigene Werte“ von dem „Anderen“, das heißt dem Westen abzugrenzen. Nicht zuletzt war die Kirche auch für die Wahl des 4. November als „Tag der nationalen Einheit“ mitverantwortlich, steht doch im Kirchenkalender schon seit dem 4. November 1649 das Datum der Befreiung Russlands von den „katholischen Polen“ als Tag der wundertätigen Ikone der Kazaner Gottesmutter verzeichnet in Erinnerung an die Mannschaft aus Kazan, die für die Befreiung Moskaus ihre eigene Ikone mitgebracht hatten.<sup>11</sup>

## Die „russische Idee“

In einer Zeit der Hochkonjunktur von Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik liefert Russlands Identitätssuche ein exemplarisches, wenn nicht fantastisches Anschauungsmaterial. Mit Erinnerungsarbeit im westlichen Verständnis hat der öffentliche Umgang mit Geschichte in Russland nichts gemein. Das soll er wohl auch nicht, geht es doch allein darum, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion angeschlagene Selbstdarstellung als Großmacht zu rekonstruieren. Für diesen Erinnerungsmythos ist jedes Bild und Abbild von Geschichte und Vergangenheit, das an Nationalgefühl, Patriotismus und imperiale Vorstellungen appelliert, von Nutzen. Für das Nationalbewusstsein, den russischen Sonderweg (*samobytnost*) und die Berufung des russischen Volkes wird die „russische Idee“ (*russkaja ideja*) mobilisiert, die in Putins Worten für alle, ob Tataren, Baschkiren oder Tschetschenen gleichermaßen gilt: „Ohne Idee kann es keinen großen Staat geben.“<sup>12</sup>

In einem gewissen Sinne ist die „russische Idee“ an die Stelle der verloren gegangenen

„kommunistischen Idee“ getreten.<sup>13</sup> Mit Bitterkeit und Zynismus bedauert deshalb der angesehene russische Historiker Andrej Zorin die Abschaffung des 7. November: Damit sei die lebendige Erinnerung an ein historisches Ereignis, das „der Hauptgrund für all das Unglück, welches mein Land während der letzten hundert Jahre einschließlich der gegenwärtigen schleichenden Restauration erlitt“, nur durch ein „Scheinbild“ ersetzt.<sup>14</sup>

Die Erinnerung an den demokratischen Aufbruch der Perestrojka, die vor zwanzig Jahren begann, ist wie vom Winde verweht. Als ihr geistiger Urheber, Alexander Jakowlew, im vergangenen Oktober starb, sprachen die Medien zwar von einer historischen Figur, doch von seiner Leistung für die Glasnost war keine Rede. Am Staatsbegräbnis nahm weder Putin und nicht einmal Michail Gorbatschow teil.

Angesichts einer politischen Konstellation, die bisher keine artikulierte Distanzierung von kommunistischer Herrschaftspraxis erkennen lässt und die Putin noch immer im Zusammenbruch der Sowjetunion die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ sehen lässt,<sup>15</sup> ist die Arbeit der privaten Organisation Memorial umso beachtlicher: Ihren vom Staat unabhängigen Mitarbeitern sind zahlreiche Dokumentenbände über das System des Terrors und des GULAG, die Erfassung von Abertausenden von Opfern der Repressionen (unlängst auf CD-ROM erschienen) und die Gründung von Menschenrechtszentren zu verdanken. Es ist nur zu hoffen, dass die Existenz von Memorial nicht durch die neue Gesetzgebung über die staatliche Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen bedroht wird. Das wäre der verhängnisvollste Einschnitt in den bedeutendsten Versuch, der bisher zur Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit und damit zur Grundlage einer wahren Erinnerungskultur geleistet wurde.

<sup>13</sup> Jutta Scherrer, *Ideologie, Identität und Erinnerung. Eine neue Russische Idee für Russland?*, in: *Osteuropa*, (2004) 8, S. 27–41.

<sup>14</sup> Andrej Zorin, *A New Holiday for Old Reasons*, in: *Russia Profile*, (2005) 1, S. 11.

<sup>15</sup> *Poslanie Prezidenta Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii*, 25. 4. 2005; [www.rg.ru/2005/04/25/poslanie-text.html](http://www.rg.ru/2005/04/25/poslanie-text.html).

Eva-Maria Auch

# Mythos Kaukasus

Die gegenseitige Wahrnehmung von Russen und Kaukasiern beschreiben zu wollen bedeutet, ein schier unendliches Themenfeld zu betreten. Und es ist ein sehr riskantes Unterfangen. Ausdrücklich soll es nachfolgend nicht darum gehen, als unbeteiligte Dritte Mythen und Zerrbilder, die es sowohl unter „den“ Kaukasieren in Bezug auf „die“ Russen als auch

**Eva-Maria Auch**

Dr. phil., Dr. habil., geb. 1955;  
Privatdozentin am Seminar für  
Osteuropäische Geschichte der  
Universität Bonn.  
Lennéstraße 1, 53113 Bonn.  
em.auch@t-online.de

umgekehrt gibt, nach ihrem Wahrheitsgehalt zu untersuchen oder gar zu werten. Anliegen dieses Beitrags ist es, in der russischen Öffentlichkeit existierende Erkennungs- und Verhaltenscodes in Bezug auf Kaukasien und Kaukasier aufzuzeigen und anhand von Beispielen in ihren historischen Kontext einzuordnen.

Dies scheint – trotz methodologischer Bedenken<sup>1</sup> – aus mehreren Gründen sinnvoll: erstens, weil die Eroberung Kaukasiens und die nationale Identitätsbildung der Russen zeitlich und inhaltlich in engem Zusammenhang stehen, denn die nationale Eigenwahrnehmung<sup>2</sup> der Russen erfolgte in Abgrenzung von „ihren Wilden“, „ihren Orientalen/Asiaten“ – den Kaukasieren. Zweitens lebt die zu beobachtende Tendenz eines wachsenden Nationalismus in der Russländischen Föderation zu einem erheblichen Teil von der Abgrenzung gegenüber „den Kaukasieren“, aber zugleich vom Mythos Kaukasus in der russischen Militärgeschichte und vor allem in der klassischen russischen Literatur. Und nicht zuletzt ergibt sich die Aktualität der Fragestellung aus einer Mediensprache und aus der russischen Tagespolitik, die gerade in Bezug auf das russisch-kaukasische Verhältnis an traditionelle Vorurteile anknüpft.

Ausgespart werden muss eine Analyse des Diskurses über Vorurteile und die Instrumen-

alisierung von Stereotypen, der im Unterschied zu einem russisch-kaukasischen Dialog unter russischen Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten durchaus geführt wird.<sup>3</sup> Ein solcher Dialog zwischen den Kulturen setzt eine „Kultur des Dialogs“ voraus, die nach wie vor unterentwickelt erscheint. Während es in den neunziger Jahren eine Vielzahl von Forschungen, wissenschaftlichen Tagungen und NGO-Aktivitäten zu Problemen der russisch-kaukasischen Beziehungen im Sinne einer Verständigung gab, ist derzeit eher eine Tendenz der Verhärtung zu beobachten, die Argumente aus der Mentalitätsgeschichte zur Befürwortung eines schärferen Vorgehens der russischen Regierung in Kaukasien nutzt. Aber auch die Schließung von Fernsehanstalten, Zeitungen, Sendern, die Verfolgung oder Diskreditierung von unabhängigen Journalisten, Kontrollen der Tätigkeit von NGOs im Zusammenhang mit deren Bemühungen um ein realistischeres Bild von und über Tschechien und den Kaukasus weisen darauf hin, dass man heute von einem Dialog noch weiter entfernt ist als vielleicht Ende der neunziger Jahre. Nicht zuletzt muss auch die Perspektive des Westens unberücksichtigt bleiben. Auch hier gibt es tradierte Meinungen über Russen in Kaukasien und Kaukasier in Russland bzw. das kaukasisch-russische Verhältnis, die nicht frei sind von Klischees und Politisierungen, einseitigen Parteinahmen oder Ignoranz, was in der deutschen Presse bereits zu Kontroversen führte<sup>4</sup> und

<sup>1</sup> Es gilt als Allgemeinplatz, dass Vorurteile zum täglichen Leben gehören. „Bilder von Anderen“ sind Bestandteil der Sozialisation eines jeden Menschen oder von Menschengruppen, sie sind zwangsläufig in der Geschichte wandelbar und je nach sozialen Gruppen verschieden. Diese differenzierte Sicht kann hier nicht vorgestellt werden.

<sup>2</sup> Vgl. zur Problematik der Entstehung nationaler Vorurteile: Winfried Schulze, Die Entstehung des nationalen Vorurteils. Zur Kultur der Wahrnehmung fremder Nationen in der europäischen Frühen Neuzeit, in: GWU, 46 (1995), S. 642–665; Valeria Heuberger/Arnold Suppan/Elisabeth Vyslönzil (Hrsg.), Das Bild vom Anderen, Frankfurt/M. 1998.

<sup>3</sup> Vgl. V.K. Mal'kova (Hrsg.), Diagnostika tolerantnosti v sredstvach massovoj informacii, Moskva 2002; Tatjana Novikova, Rečevaja agresija v žurnalističeskich tekstach kak otkrazenie intol'erantnosti, in: REGA, 3 (2006), S. 125.

<sup>4</sup> Vgl. Thomas Immanuel Steinberg, Warum Tschechien? Der Terrorakt in Beslan und die Destabilisierung der Region, in: Junge Welt vom 25. 9. 2004; Kai Ehlers, Feindbild Russland, in: Freitag, Nr. 42 vom 8. 10. 2004.

von russischen Medien lebhaft aufgegriffen wird.<sup>5</sup>

## Vom Klischee zur Fremdheit

Vor dem Hintergrund des ersten Tschetschenienkrieges (1994 bis 1996)<sup>6</sup> riefen Mitte der neunziger Jahre „Personen kaukasischer Nationalität“ bei etwa 50 % der russischen Bevölkerung Angst hervor. Auch die soziologischen Umfragen des Instituts für sozial-politische Forschungen der Russländischen Akademie der Wissenschaften für 2004 und 2005 bestätigten diesen Befund – mit einer Ergänzung: Bei 57 % der Befragten riefen Kaukasier ganz allgemein „negative Reaktionen“ hervor, wobei 45 % sich besonders gegenüber Tschetschenen skeptisch äußerten. 16 % sprachen sich für eine „längst fällige“, 37 % für eine „gemäßigte“ Umsetzung der Forderung „Russland den Russen“ aus.<sup>7</sup> Wie problematisch sich das Umfeld der Wahrnehmung des „Anderen“ gestaltet, zeigt sich daran, dass zwar 47 % aller Bürger antworteten, sie hegten gegenüber den Zugereisten aus südlichen Regionen „keine besonderen Gefühle“, aber auch nur 3 bis 4 % von Sympathie und 2 bis 3 % von Achtung sprachen. Dafür empfanden 21 % (2005) Feindseligkeit; 20 % fühlten sich gereizt. Trotz dieser Werte gibt es eine nur geringe selbstkritische Reflexion über die Hintergründe. Nur 2 bis 6 % der Befragten bejahten, dass eine Ursache für das angespannte Verhältnis auch bei

den Russen liege könne. Schuld sind (fast) immer die anderen: 18 bis 19 % sahen die Ursache in terroristischen Aktionen, 13 bis 14 % in den schlechten Lebensbedingungen, 12 % im Benehmen nationaler Minderheiten.

Das war nicht immer so. Die Haltung gegenüber dem Kaukasus als Symbol einer Kulturgrenze und gegenüber den Kaukasiern schwankte in der russischen und sowjetischen Geschichte zwischen romantischer Begeisterung für die Kultur und Natur, ja auch für die „freiheitsliebende Wildheit“ seiner Bewohner, einem zivilisatorischen Überlegenheitsgefühl und einer höhnischen Feindschaft gegenüber den „kaukasischen Räubern“. Nicht zufällig lebte im ersten Tschetschenienkrieg das Klischee vom „bösen Tschetschenen“, von „kriminellen Zonen“ und „Räuberhöhlen“ wieder auf. Politiker und Medien konnten auf Kaukasusbilder zurückgreifen, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts in enger Verbindung mit der klassischen russischen Literatur und der Formierung des russischen Nationalismus entstanden waren. Ohne die kaukasischen Dichtungen eines Puschkin („Der Gefangene im Kaukasus“), Lermontow („Dämon“; „Ein Held unserer Zeit“) oder Tolstoi („Kosaken“; „Hadschi Murat“), frühe Reise- bzw. Tätigkeitsberichte von Militärs und die sich darum rankenden Auseinandersetzungen (Belinskij) um einen romantisierenden literarischen Orientalismus<sup>8</sup> und die russische Identität ist die klassische russische Literatur undenkbar<sup>9</sup>; „die Vorstellungen über Nordkaukasien sind eine der Konstanten russischen ethnischen Bewusstseins“.<sup>10</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Vladimir Degoev, Čtob ne propast' poodinoke. Kavkaz i Bol'shaja Evropa: realii protiv soblaznov, in: Družba narodov, 3 (2005): <http://magazines.russ.ru/druzhba/2005/3/de10-pr.html>; V. P. Ulanov, Severnyj Kavkaz v russkom etničeskom soznanii, in: www.rustrana.ru/article.php (25. 1. 2005); Gurija Murklinskaja, Kavkazskij geopolitičeskij uzel i sud'by rossijskoj civilizacii, in: www.riadagestan.ru (26. 6. 2005).

<sup>6</sup> Zu den Ereignissen in Tschetschenien siehe vor allem die zahlreichen Arbeiten von Uwe Halbach (Stiftung Wissenschaft und Politik), z. B.: Rußlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien, Köln 1994; Tschetschenien und das „innere Ausland“ Russlands, in: Kurt R. Spillmann (Hrsg.), Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte, Bd. V, Zürich 1995, S. 121–136; Der Weg in den zweiten Tschetschenien-Krieg, in: Osteuropa, 50 (2000), S. 11–30. Mit Blick auf die Wahrnehmungsproblematik einschließlich zweiter Tschetschenienkrieg: Florian Hassel, Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien, Frankfurt/M. 2003.

<sup>7</sup> Vgl. Russkij nacionalizm v svete statistiki, in: www.rustrana.ru (4. 11. 2004); A. Golov, Massovoe vosprijatie nacional'nych men'sinstv: peremeny za god, in: www.levada.ru (14. 12. 2005).

<sup>8</sup> Vgl. Edward Said, Orientalism, New York 1978; Jörg Osterhammel, Wissen als Macht: Deutungen interkulturellen Nichtverstehens bei Tzvetan Todorov und Edward Said, in: Eva-Maria Auch/Stig Förster (Hrsg.), „Barbaren“ und „Weiße Teufel“. Kulturkonflikte und Imperialismus in Asien vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn 1997, S. 145–169.

<sup>9</sup> Vgl. Susan Layton, Russian Literature and Empire: Conquest of the Caucasus from Pushkin to Tolstoi, Cambridge 1994; dies., Nineteenth-Century. Russian Mythologies of Caucasian Savagery, in: Daniel R. Brower/Edward J. Lazzerini (Hrsg.), Russia's Orient. Imperial Borderlands and Peoples, 1700–1917, Bloomington 1997, S. 80–99; Susi Frank, Gefangen in der russischen Kultur: Zur Spezifik der Aneignung des Kaukasus in der russischen Literatur, in: Die Welt der Slaven, Bd. XLIII (1998), S. 61–84.

<sup>10</sup> V. P. Ulanov, Severnyj Kavkaz v russkom etničeskom soznanii, in: www.rustrana.ru/article.php (25. 1. 2005).



Doch versuchen wir, historische Etappen bei der Herausbildung russischer Zerrbilder von Kaukasien und seinen Bewohnern nachzuvollziehen.<sup>11</sup> Auch wenn Kaukasien für die im Auftrag der Russischen Akademie der Wissenschaften reisenden Forscher des 18. Jahrhunderts kein unbekannter Landstrich mehr war, faszinierte sie die Vielfalt historischer Entwicklungszustände bei den dortigen Völkern. Trotz geografischer Trennlinien (Berge) gab es wirtschaftliche und kulturelle Kontakte, die sich in ähnlichen kulturellen und gewohnheitsrechtlichen Institutionen (Blutrache; Rituale der Gastfreundschaft) widerspiegelten. Anders als im Südkaukasus, wo Georgier, Armenier und Aserbaidschaner auf frühe Staatsbildungen zurückblicken, gab es solche, die über engste lokale Grenzen hinausreichten, im Nordkaukasus nicht.

Die direkte Berührung mit Russland begann im 16. Jahrhundert mit der Gründung von Kosakengemeinden am Terek und Kuban. Mit dem russischen Vordringen „an die warmen Gewässer“ wurde die Region bald zum Objekt geopolitischer Konkurrenz zwischen dem Russischen, Osmanischen und Persischen Reich. Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts konnte Russland seine Herrschaft allmählich direkt nach Südkaukasien ausdehnen. Von Georgien aus wurden bis 1828 die Grenzen an den Arax vorgeschoben. Während die heutigen Gebiete von Georgien, Armenien und Aserbaidschan unter zaristische Herrschaft gelangten, leisteten nordkaukasische Muslime den vehementesten Widerstand, auf den Russland in seiner gesamten Kolonialgeschichte seit dem 16. Jahrhundert gestoßen war. In den Kaukasuskriegen zwischen 1812 und 1864 gingen einige hunderttausend russische Soldaten durch die „kaukasische Gefechtsschule“. In Dagestan und Tschetschenien wurde dieser Widerstand von Imamen geleitet und als „Ghazavat“ definiert, einer Form des islamischen „Dschihad“. Wie heute verfolgte Europa den Widerstand, den Dagestaner und Tschetschenen unter der Führung des Imam Schamil zwischen 1834 und 1859 der russischen Kaukasusarmee entgegenseetzten, aufmerksam und nicht ohne Beifall. Im westlichen Teil der Region kämpf-

<sup>11</sup> Die Fakten zur Territorialgeschichte folgen den Ausführungen in: Eva-Maria Auch/Uwe Halbach, Kaukasus-Region (Informationen zur politischen Bildung aktuell), Bonn (bpb) 2004.

ten die in Europa kollektiv als „Tscherkessen“ bezeichneten Volkgruppen mit türkischer und britischer Unterstützung gegen russische Festungen am Schwarzen Meer und hielten den Widerstand auch nach der Kapitulation Schamils noch fünf Jahre lang aufrecht. 1864 gilt als das Datum der Unterwerfung Gesamtkaukasiens. Die Tscherkessen, bis dahin die zahlenmäßig stärkste Volksgruppe im Nordkaukasus, wurden bis auf einen Überrest (1897: 44 000) vertrieben. Mehr als eine Million kaukasische Muslime flohen in Gebiete des Osmanischen Reichs. Die nachfolgende „Befriedungspolitik“ war gekennzeichnet teils durch selektive Zusammenarbeit mit den Adelsschichten einiger Völker, teils durch Verdrängung ihrer Bevölkerung und Ansiedlung russischer Kolonisten, teils durch brutale Strafexpeditionen.<sup>12</sup>

Versucht man vor dem Hintergrund dieser historischen Abläufe eine Rekonstruktion des modernen Kaukasusbildes, kann man mehrere Phasen verorten. Bis etwa 1820 wird der Kaukasus als geo-kulturelles Objekt entdeckt. Michail Lomonossow, Gawril Derzawin und Wassili Schukowski beschreiben ihn als „gewaltiges Bergmassiv“, „die südliche Stütze Russlands“, und es dominieren Attribute wie „wild“ und „düster“. Unverkennbar ist eine Mythologisierung des Raumes und seiner Bewohner. Die nächste Phase der Formierung eines Kaukasus-Bildes (bis 1840) wird in der russischen Kulturgeschichte als „militärisch-künstlerische Romantik“ (*voenno-chudožestvennyj romantizm*) bezeichnet. Sie ist eng mit der Eroberung Südkaukasiens verknüpft und nutzt (zumindest bis 1828/29) Begriffe wie Freiheit, Würde, Ehrgefühl und Edelmütigkeit zur Charakterisierung der Bergbewohner, die eigentlich *razbojniki*, „Räuber“, sind: „Ihr Gott ist die Freiheit, ihr Gesetz – der Krieg“. Selbst Armut, Verrat und Müßiggang werden romantisch verklärt, und auch das Bild der stolzen, anmutigen Kaukasierin („die Schöne Tscherkessin“) fehlte nicht.

Zugleich hat die neuere Puschkin-Forschung auf Elemente aufmerksam gemacht, welche die Grundlagen für negative Stereo-

<sup>12</sup> Zum Charakter der russischen Kolonialpolitik vgl. Eva-Maria Auch, Muslim–Untertan–Bürger. Identitätswandel in gesellschaftlichen Transformationsprozessen der muslimischen Ostprovinzen Südkaukasiens, Wiesbaden 2004.

typen schufen: ewige Gefahr, ewiger Krieg, Bedrohung, Verrat wurden zu charakteristischen Merkmalen, die Natur und Menschen gleichsam verbanden. Persönliche Schicksale, reales Erleben Kaukasiens und literarische Reflexionen wurden eng miteinander verflochten: Der Kaukasus war eine fremde Welt, in der sich der russische Offizier als Mann „beweisen“ wollte oder musste, deren Geheimnisse lockten und zu entschlüsseln waren – ob durch Kampf oder Gastfreundschaft. Eine Welt, in der alles anders war, Normen der russischen Gesellschaft nicht mehr zählten, jedoch ritterliche Ideale einer Frühzeit scheinbar existierten: natürliche Schönheit, Ehrgefühl, Risikobereitschaft, Kameradschaft. Während die Schar freier Reiter auf den verschlungenen Pfaden der Berge die Strategien der Armeen des Zaren zum Scheitern brachte, wurde die „Wildheit“ zur Herausforderung für den Aristokraten. Was zählte, war der Kampf Mann gegen Mann, was dahinterstand, waren zwei grundsätzlich verschiedene Lebensweisen, aber nicht grundsätzlich verschiedene Werte. Die Lebensprinzipien des Kaukasiers besaßen magische Anziehungskraft für den jungen russischen „Helden“, der eigentlich eine Mission erfüllen wollte, aber vor dem Erfahrungshintergrund der russischen Gesellschaft von einer Rückkehr zu archaischen Werten träumte. Dieser Kontrast barg das Element einer „Hass-Liebe“ in sich, die sich von der Andersartigkeit angezogen und abgestoßen fühlte. Sie führte von der Frage „Wer bin ich eigentlich?“ zur Frage „Wer sind wir?“, von der Wahrnehmung der Andersartigkeit der kaukasischen Welt zum Problem „Was charakterisiert uns eigentlich als Russen?“ Diese Herausforderung gab entscheidende Impulse für die russische Identitätsbildung des 19. Jahrhunderts. Auch wenn das Bild des Kosaken, der zwischen Russland und den „Bergen der Wilden“, am Terek, stand, kaukasische und russische Elemente (die „russische Seele“ mit Mut, Ehre und Freiheitsdrang, Kleidung) in sich vereinte, als eine Art Symbiose beider Elemente zur „Entschärfung“ dieser Frage beitrug und er selbst zu dieser Zeit noch als Vermittler zwischen den Kulturen angesehen wurde, blieb die Welt der Kaukasier für das russische Selbstbewusstsein eine Herausforderung bis zum heutigen Tag.<sup>13</sup> Sie sollte sich von den Auseinandersetzungen

<sup>13</sup> Vgl. A. A. Cuciev, *Russkie i kavkazcy. Očerker nezeral'noj neprijazni*, in: [zwischen Westlern und Slawophilen um die „russische Seele“ \(Berdjajew\) bis zur heutigen Diskussion um das „Eurasierium“ fortsetzen.](http://www.inci.ru/verstniki/</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

Die koloniale Durchdringung der Gebiete jenseits des Großen Kaukasus, der anhaltende Kaukasuskrieg mit seinen Niederlagen und die zunehmende ethnografische Erforschung und Beschreibung der neu eroberten Gebiete leitete ein weitere Phase ein, die parallel zur Annäherung zwischen Russland und Westeuropa und der Aufnahme Russlands in die Gemeinschaft der europäischen Großmächte verlief. Das bevorzugte Medium zur Prägung von Klischees war nun nicht mehr allein die Dichtung. Das Spektrum der Autoren und Konsumenten wurde breiter. Einerseits wurden negativ besetzte Stereotype, die in der westlichen Wahrnehmung ursprünglich die Russen charakterisierten, nun von diesen auf die Völkerschaften in den eroberten Gebieten übertragen,<sup>14</sup> andererseits wurde zunehmend über die russische Kolonisation reflektiert. Aus den exotischen „Anderen“, die noch Bewunderung hervorgerufen hatten, wurden rückständige „Eingeborene“ (*tuzemcy*), deren Verhältnisse der Korrektur bedurften, die kontrolliert, ja beherrscht werden mussten. Aus den Offizieren, die in den Kaukasuskrieg zogen, um sich „als Männer zu beweisen“,<sup>15</sup> sich auch nach ihrer aktiven Zeit noch über „den durchlebten wilden Kaukasus“ definierten und als besondere Kaste von „durch den Kaukasus gestählten Militärs“ betrachteten, wurden *činovniki*, in den Kaukasus (zwangs-) abgeordnete Beamte. Diese lebten nicht nur in einer künstlichen Parallelwelt, sie betrachteten die Kaukasier durch das Prisma ihres Herkunftsmilieus, des persönlichen Vorteils und/oder der Pflichterfüllung vor dem Staat. Sie bezogen ihre Identität vor allem über ihre Funktion als Vertreter der Staatsmacht, die keinerlei Solidarisierung mehr zulassen konnte. Infolge der „Befriedung“ Kaukasiens verloren auch die frühen Mittler im Grenzland ihre Funktion. Als militärische Gehilfen der Zivilverwaltung wurden die vom russischen Staat teilweise privilegierten Kosa-

vest26.html (Referat einer Tagung 1998 in Wladikawkas).

<sup>14</sup> Vgl. Eva-Maria Auch, *Zum Muslimbild deutscher Kaukasusreisender*, in: dies./S. Förster (Anm. 8), S. 99.

<sup>15</sup> Vgl. Uwe Halbach, *Die Bergvölker (gorcy) als Gegner und Opfer: Der Kaukasus in der Wahrnehmung Rußlands (Ende des 18. Jh. bis 1864)*, in: Manfred Alexander u. a. (Hrsg.), *Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas*, Stuttgart 1991, S. 52–65.



ken<sup>16</sup> zum primären feindlichen Element der Eingeborenen, während die Kaukasier von (zunächst bewunderten, dann zweifelhaften) „Rittern der Berge“ zu Objekten russischer Willkür oder zivilisatorischer Mission je nach Standpunkt des Betrachters degradierten. Der Kaukasus wurde zum Experimentierfeld für eine zivilisatorische Mission gegenüber den Kaukasiern und damit zur Prüfung für die russische Kultur und Staatlichkeit.<sup>17</sup>

Mit der Abschaffung der Leibeigenschaft, der Durchsetzung der Agrarreformen in Kaukasien und der Durchführung von Um- und Ansiedlungsprojekten Anfang des 20. Jahrhunderts kam ein neues Element hinzu: russische Siedler (West-, Nordkaukasus, Mugansteppe) und Arbeiter (Ölfelder von Baku und Grozny). Auf der Suche nach einem besseren Leben gerieten diese in eine doppelte Isolation: Sie waren Abgewanderte, auch Ausgestoßene der russischen Gesellschaft und nun Fremdlinge in einer Mehrheitskultur. Im Unterschied zu den Einheimischen waren sie auf sich allein gestellt, bezogen ihre Identität lediglich aus ihrer ethnischen Abstammung und Religionszugehörigkeit und erfuhren bedingten Schutz nur durch die Staatsgewalt, die jedoch ebenfalls fremd in der Region war. Das soziale Umfeld ihrer althergebrachten Normen und Bräuche hatten sie verlassen (Freiwilligkeit war für einen Kaukasier unvorstellbar, da der Ausstoß aus einer Gemeinschaft nach traditionellem Recht einer Todesstrafe gleichkam; Russen waren nach diesem Verständnis „vogelfrei“), und sie konnten sich in der Regel weder auf Sippen oder Dorfgemeinschaften stützen noch Autorität aus einer staatlichen Funktion beziehen. Sie machten sich nicht die Mühe, die neue Umgebung zu erkunden geschweige die Welt der Kaukasier<sup>18</sup> zu verstehen. Sie erlebten

<sup>16</sup> Vgl. Thomas M. Barret, *Crossing Boundaries: The Trading Frontiers of the Terek Cossacks*, in: D. R. Brower/E. J. Lazzarini (Anm. 9), S. 227–248.

<sup>17</sup> Im Zusammenhang mit neu aufgelebten Modernisierungsdiskussionen stellt sich die Frage, ob sich Russland mit seinem Expansionsdrang nicht bereits erschöpft hatte. Konnte die zu spät und staatlich verordnete Modernisierung die Rückständigkeit im Zentrum nur partiell überwinden, blieb es in den Peripherien eher beim Modernisierungsversuch, für dessen Umsetzung die Kräfte Russlands nicht ausreichten. Die Anziehungskraft Russlands für die unterworfenen Völker blieb so begrenzt.

<sup>18</sup> Eine Welt, die sich inzwischen auch von der Puschkins unterschied: Begrenzte Karriere konnte ein Kau-

Fremdheit, die sie nicht mehr hinterfragten. Sie hörten von oder erduldeten Extreme kaukasischen Benehmens, sie begannen, die Fremden zu fürchten, sich weiter abzuschotten von den „Wilden“, „Kulturlosen“, „Faulen“, „Schmutzigen“, „Käuflichen“, und letztlich wurde aus Feindseligkeit Feindschaft. Die in der Frühphase des direkten Kulturkontaktes konstatierten ritterlichen Eigenschaften der Kaukasier wurden als oberflächliche Beobachtung, als irreführend abgetan und in ein Negativbild verkehrt.

Sowohl Russen als auch Kaukasier bezogen nicht nur einen Großteil ihres Selbstwertgefühls aus der negativen Sicht der jeweiligen Fremdgruppe; in einer Zeit allgemeiner Identitätskrisen im Russischen Reich verhärteten sich Stereotype zu Vorurteilen und Feindbildern,<sup>19</sup> zu nationalistischen Ressentiments. In der Staatspolitik entbrannte heftiger Streit um die Frage des „richtigen Umgangs“ mit den Kaukasiern: Nachsicht und Milde würde als Schwäche interpretiert und führe zu Hochmut, zu starker Druck würde sie jedoch noch weiter entfremden und verärgern, sodass hartes Durchgreifen zu Widerstand und Exzessen führe. Man versuchte es mit einem Wechselspiel sowohl hinsichtlich der Methoden als auch der differenzierten Behandlung einzelner kaukasischer Völkerschaften im Sinne von „Teile und herrsche!“ und „Zuckerbrot und Peitsche“.

## Der Kaukasier als „homo sovieticus“

Obwohl dank der russischen Klassik (sie blieb während der gesamten Sowjetzeit Schulstoff) die romantischen Kaukasus-Klischees nie ganz ausstarben, verschwanden sie doch mit der Vernichtung des kulturellen und sozialen Milieus, in welchem sie einstmals entstanden waren. Es erfolgte eine Reduzie-

kasier nur durch weitgehende Anpassung, also Russifizierung machen. Auf der anderen Seite waren traditionelle Strukturen aufgebrochen, alte Bewährungsfelder für „wahre Männlichkeit“ reduziert.

<sup>19</sup> Der Kaukasier sah den Russen zur gleichen Zeit nicht nur als „Un- oder Andersgläubigen“, sondern als „Träger einer zerstörten Kultur“ (nichts anderes konnte das Verlassen der Herkunftsgemeinschaft bedeuten), als „Schwächling“ und „Säufer“. Vgl. Z. Sik-evič, *Nacional'nyj charakter russkich*, in: *Vestnik StPGU, serija 6* (1995) 4; Ch. Dzucev/A. Cuciev, *Štrichi k portretu regional'nych ideologij na Severnom Kavkaze*, Vladikavkaz 1997.

nung auf das literarische Phänomen. Gleichzeitig konnten bestimmte Eigenschaften umgedeutet (Freiheitswille = Widerstand, nicht gegen die russische Fremdherrschaft, sondern gegen das Zarenregime) und für die Schaffung neuer Strukturen genutzt werden. Zunächst gelang jedoch eine Entschärfung der Feindbilder. Die bis dahin vorwiegend russischen Verwaltungsbeamten wurden im Zuge der Lenin'schen Nationalitätenpolitik, der „Einwurzelung“ (*korenizacija*), durch Einheimische ersetzt. An den Schulen lehrte man die lokalen Sprachen, von denen viele nun erstmals auch schriftlich kodifiziert wurden. Die Entscheidung für das ethnonationale Prinzip des sowjetischen Staatsaufbaus räumte den Titularnationen bestimmte Rechte in „ihrem Territorium“ ein und definierte Privilegien entlang sozialer und politischer Kriterien. Vor der sozialen Definition als „Werkstätiger“ oder Bolschewik traten primordiale (verwandtschaftliche, dorf- oder stadtgemeinschaftliche) Bindungen zurück. Der „kaukasische Räuber“ verwandelte sich in einen Vorzeigetyp für die Freundschaft der Völker in der Sowjetunion. Alphabetisierungsprogramme, Entschleierungs- und Atheismuskampagnen machten mit Hilfe des „russischen Bruders“ aus unterdrückten Kaukasiern „aufgeklärte Sowjetbürger“.

Gegen Ende der zwanziger Jahre griffen die sowjetischen Behörden jedoch immer brutaler in die Lebensverhältnisse der kleinen Völker ein. Lokale Rechts- und Verwaltungsorgane, autonome Dorfgerichte und islamische Bildungs- und Rechtsinstitutionen wurden beschnitten und schließlich liquidiert. Nach 1928 begann die Kollektivierung der Landwirtschaft, die im Nordkaukasus mit Zwangsumsiedlungen von Gebirgs- in Talregionen begleitet war. Die Antwort war eine Serie von Aufständen unter der Losung „Ghazavat“, die in sowjetischen Quellen als „reaktionäres Banditentum“ abgestempelt wurden. Islam wurde mit Fanatismus, Widerstand mit Verrat und Zusammenarbeit mit dem ausländischen Klassenfeind gleichgesetzt. Der noch vor Jahren gefeierte „kaukasische Rebell gegen die Zarenarmee“ wurde fortan zum „unzuverlässigen Element“, zum „Verräter am Sowjetvolk“, den es auszumerzen galt. Während im Zuge der Stalin'schen „Säuberungen“ auch Antipathien auf ethnischer Grundlage eine Rolle gespielt haben mögen, erreichte die Tabuisierung von kauka-

sischen Negativ-Stereotypen mit dem Ausbau der Macht Stalins einen Höhepunkt. Waren in den zwanziger Jahren Kaukasus-Klischees durchaus noch Stoff für Satire, Witze oder Komödien, konnte das nun als Verhöhnung der Staatsgewalt aufgefasst werden. Dafür entstanden durch Politiker kaukasischer Herkunft (neben Stalin z.B. Ordschonikidse, Beria, Mikojan) auf der Basis von Stereotypen der Klassik neue Bilder: Stalin, der Stählerne; Kreml = Kaukasus als uneinnehmbare Hochburg/Festung. Tatsächliche (oder propagierte) Eigenschaften wurden als typisch kaukasisch interpretiert: Stalin als Patron (Gastgeber und Hausherr, „Landesvater“) mit unbestechlichem Gerechtigkeitsgefühl und Scharfsinn, Bedachtsamkeit, aber auch Heißblütigkeit, der unberechenbare und mit eiserner Hand durchgreifende Held und Kriegsherr. Selbst der Personenkult erinnerte an den „einsamen Kaukasier“ an der Spitze des Staates, an den „Ehrenmann, der sich aufopfert“.

Trotz Völkerfreundschaft und Solidarität, erheblichen ethno-demografischen Veränderungen im Zuge der Industrialisierung Kaukasiens, die den Anteil slawischer Volksgruppen vor allem in den Städten deutlich ansteigen ließ, blieben die Vorurteile virulent und wurden durch die Machtkonzentration und Gewalt in den Händen des kaukasischen Gewinns Stalin/Beria noch verstärkt. Der Zweite Weltkrieg änderte an diesem zwiespältigen russisch-kaukasischen Verhältnis kaum etwas. Der Kampf ums Überleben verdrängte zunächst nationale Antipathien. Kaukasier erwiesen sich als besonders wagemutige Kämpfer in den Reihen der Roten Armee und bekräftigten somit Züge des früheren „kaukasischen Ritters“. Andere erhofften dagegen in nationalen Verbänden der deutschen Wehrmacht eine Befreiung ihrer Heimat und entsprachen so dem Stereotyp des Verräters.

In Tschetschenien hatten sich die Unruhen bis in die Zeit des „Großen Vaterländischen Krieges“ fortgesetzt. Seit Januar 1940 formierte sich hier erneut bewaffneter Widerstand. In einem regelrechten Rachefeldzug wurden nach den Deutschen 1941 (1,2 Millionen, darunter rund 50 000 Kaukasusdeutsche) in den Jahren 1943/44 mehrere kaukasische Völkerschaften deportiert: die Karatschaier vom November 1943 bis Februar 1944 (rund 70 000 Deportierte), im Februar 1944 Tschetschenen und Inguschen (310 000 bzw. 81 000),

im März 1944 Balkaren (rund 37 000) und im Mai 1944 die Krimtataren (mehr als 200 000) und Volksgruppen aus dem Südkaukasus. Als Vorwand diente zumeist die Beschuldigung, die Volksgruppen stünden mit dem Kriegsgegner in Kontakt. Die deutschen Truppen hatten die betreffenden Gebiete aber in einigen Fällen (z. B. Tschetschenien) gar nicht erreicht. Die Deportierten wurden in Viehwaggons mit den Aufschriften „Banditen“ und „Volksfeinde“ nach Zentralasien und Sibirien transportiert, und dieser Akt genozider Gewalt ging mit dem Verbot jeder weiteren Erwähnung der deportierten Völker und einer Umdeutung ihrer und eines Teils der russischen Geschichte einher: Aus dem „Ghazavat“ des 19. Jahrhunderts als antikolonialer Widerstand wurde ein Aufstand feudaler, reaktionärer Kräfte, aus dem Volkshelden Schamil ein fanatischer Mullah. In den Augen der ausgebluteten Völker im europäischen Teil der Sowjetunion setzte sich das Bild der „kaukasischen Verräter und Kollaborateure“ fest, denn die Propaganda verwies nicht umsonst auf die geopolitische Lage und die deutschen Interessen an den Naturressourcen Kaukasiens.

Während die tribal organisierten Tschetschenen und Inguschen in der Deportation eine Art „nationale Geburt“ erlebten und sich nach dem Tode Stalins auf den Rückweg in ihre Heimat machten, wurden sie für einen Teil der russischen Intelligenzija zum Symbol für unbeugsamen Widerstand. Solschenizyn beschrieb die Tschetschenen als Nation, die sich in der Deportation am konsequentesten weigerte, „die Psychologie der Unterwerfung zu akzeptieren“. Als nach ihrer Rehabilitation 1957 die vormaligen Gebietskörperschaften wieder eingerichtet wurden, kam es nicht nur zu ersten Auseinandersetzungen um ausgetauschte und beschnittene Territorien; viel entscheidender war, dass die Rückkehrer auf jene stießen, die inzwischen dort angesiedelt worden waren.

Auch in Zentralrussland kam es in der Tauwetterperiode nach 1956 zu einer Enttabuisierung russischer Feindseligkeiten gegenüber Kaukasiern, die 1986 mit der Publikation von Viktor Astafjews Erzählung „Der Fang der Gründlinge in Georgien“ ihren Höhepunkt erreichte. Es kehrten nicht nur die Witze und Anekdoten über kaukasische Typen zurück. Der Ausbau der Kurorte am Schwarzen Meer und im Nordkaukasus ermöglichte auch eine

Wiedergeburt kaukasischer Exotik. Die Tourismusbranche erwartete in „ihrem Orient“ eine besondere Lebensart, für die vor allem die Georgier standen. Sie profitierten nicht nur vom Tourismusgeschäft, sie profilierten sich als neue „Ritter“ nicht nur an den Tafelrunden ihrer Heimat, sondern zunehmend auch in den Restaurants der Städte Russlands. Die Eigenschaften der Kaukasier als Liebhaber wurden sprichwörtlich. Filme („Die Gefangene im Kaukasus“) und Theaterstücke griffen diese Typen mit (auch schwarzem) Humor auf. Andererseits erschlossen sich Kaukasier im Zuge der industriellen Entwicklung Sibiriens und des Hohen Nordens, aber auch innerhalb der Armee neue Einnahmequellen. Während „die“ Russen harter, ehrlicher Arbeit nachgingen und sich beschränken mussten, machten in ihren Augen „spitzfindige Kaukasier“ „schmutzige Geschäfte“ und „gaben an“. Das Ergebnis: Während Kaukasier sich bestärkt fühlen konnten im Gefühl einer Überlegenheit ihrer „Lebenskünste“, entwickelten sich Sozialneid, Eifersucht und Verachtung für die Gesten und Posen, hinter denen nur Leere stehen konnte, aber auch Rachegeleüste. Letztere konnten sich in der Verweigerung von Dienstleistungen, besonderer Dienstbeflissenheit bei der Kontrolle von Vorschriften, strengeren Prüfungen, aber auch in klarer Ablehnung oder Übergriffen auf Kaukasier in der Armee äußern. Oftmals wurden diese Mechanismen wiederum allmählich durch „kleine Geschenke“ seitens der Kaukasier an die „strengen“, „konservativen“ Russen ausgeglichen. Man arrangierte sich, bis die Krise des Sowjetsystems immer mehr Freiräume für Schwarzmarktmechanismen ließ und ehrliche Arbeit an gesellschaftlichem Ansehen verlor. Der „geldgierige, die gutgläubigen Leute im Norden betrügende Basarnik und Kopekenzähler“ wurde seit der Breschnew-Zeit neben dem „nach Autos und Importen jagenden, nur auf Mode und Äußerlichkeiten bedachten, Kinder maßlos verwöhnenden Kaukasier“ zum negativen Stereotyp. Man verachtete oder hasste ihn, selbst wenn man von ihm profitierte.

In den siebziger Jahren zeitigte die territoriale Gliederung nach ethnischen Prinzipien noch andere Konsequenzen. Während die Russen dort, wo sie die Mehrheit stellten, auf Distanz zu den Kaukasiern gehen konnten, ohne ihre gesellschaftliche Stellung zu gefähr-

den, verloren sie in Kaukasien ihre führenden Positionen an einheimische Eliten. Zunehmend differenzierte sich die Gesellschaft in Angehörige der Titularnation(en) und Minderheiten, deren Lebenswelten weitestgehend parallel existierten. Es kam zu einer Asymmetrie, die Russen zu „Gästen“ machte, die dem Wohlwollen ihrer „Gastgeber“ ausgeliefert waren. Während seitens der Russen Dankbarkeit für ihre Verdienste um Kultur, Wissenschaft, Bildung erwartet wurde und hier immer noch der Gedanke einer zivilisatorischen Mission bestand, hatten in den Augen der Kaukasier die Russen dafür dankbar zu sein, dass der Hausherr „für sie sorgte“, dass sie bleiben „durften“. Die Russen waren Fremde geblieben oder geworden in dieser großen „Sowjetheimat“.

Glasnost und Perestrojka Ende der achtziger Jahre trafen auf Menschen, die bereits resigniert hatten oder nach den Ursachen für die immer offensichtlicheren Mängel des Systems suchten. Mit der Enthüllung des Ausmaßes von Verbrechen (Deportationen, Umweltfragen), von Korruption und Ämtermissbrauch kam es schnell zu Solidarisierungen, aber auch zu Schuldzuweisungen auf ethnischer Grundlage. Eine Politisierung soziopsychologischer Vorurteile setzte ein und führte zu extremen Wortgefechten in der Literatur und in den Medien – bis hin zur Diskussion, wer denn in diesem „Haus Russland“ überhaupt einen Platz finden sollte.<sup>120</sup>

## Der Feind im eigenen Haus

Der Zerfall der UdSSR und die bewaffneten Konflikte in den kaukasischen Republiken mit ihren Todesopfern und Tausenden von Flüchtlingen zeichnete ein neues Bild des Kaukasiers. Mit der Verstärkung nationaler Bewegungen unter den Völkern der sich auflösenden Sowjetunion gerieten auch die territorialen Verhältnisse im Nordkaukasus in Bewegung und in Konfrontation zur geschwächten russischen Zentralgewalt. Neben

<sup>120</sup> Vgl. die Projekte Sacharows vom Herbst 1989 und Solschenizyns 1990 über den Umbau der UdSSR bzw. Russlands: A. I. Solženicyyn, *Kak nam obustroit' Rossiju*, in: *Komsomol'skaja pravda* vom 18. 9. 1990. Hier schlug er vor, dass ein neues Russland nur aus slawischen Völkern bestehen sollte. Nur im äußersten Fall sollten die Völker an der Wolga, Sibiriens und des Nordkaukasus aufgenommen werden, und wenn, dann ohne jegliche Autonomie.

vielen anderen hatte im November 1990 die „Tschetscheno-Inguschische Autonome Republik“<sup>121</sup> innerhalb der Russländischen Föderation ihre Souveränität erklärt. An die Spitze der Nationalbewegung setzte sich im Sommer 1991 General Dschochar Dudajew, der vor dem Hintergrund des Moskauer Putschversuches die kommunistische Republikführung und das von Moskau unterstützte Republikparlament auflöste. Als er der ultimativen Forderung nach Durchführung regulärer Parlamentswahlen nicht nachkam, wurden die Beziehungen zu Tschetschenien zu einem zentralen Thema russischer Medien. Man warnte vor Gewaltanwendung im Nordkaukasus, erinnerte an die Kaukasuskriege der Vergangenheit, aber das Bild vom tschetschenischen Banditen wurde um das der politischen Mafia erweitert und das politische Handeln der Tschetschenen zunehmend kriminalisiert. Die Wahl Dudajews zum Präsidenten und die Unabhängigkeitserklärung der „Tschetschenischen Republik“ vom 1. November 1991 erklärte Moskau für illegal. Ein Interventionsversuch mit Sicherheitstruppen scheiterte. Es folgte eine zweijährige Periode ungeklärter Verhältnisse zwischen Moskau und Grosny.

In der Republik vollzogen sich politische Machtkämpfe zwischen Dudajew und oppositionellen Kräften. Der größte Teil der Wirtschaft lag brach. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe. Die in ganz Russland expandierende Schattenwirtschaft und Wirtschaftskriminalität griff in Tschetschenien besonders stark auf alle Lebensbereiche aus. In dieser Zeit wurde in Russland der Begriff der „kriminellen Freihandelszone“ für die abtrünnige Republik geprägt. Das passte sowohl in das Klischee vom „räuberischen Tschetschenen“, das im Kaukasusbild des 19. Jahrhunderts etabliert worden war, als auch in die Erfahrungswelt des russischen Bürgers, der den Schritt vom schlitzohrigen Geschäftemacher zum kriminellen Tschetschenen nachvollziehen konnte. Dass kriminelle Transaktionen wie die Fälschung von Finanzdokumenten und die illegale Ausfuhr von Ölprodukten ohne Hintermänner in Russland selbst kaum möglich war, blieb ausgeblendet.

<sup>121</sup> Vgl. zeitnah zum ersten Tschetschenienkrieg: Henrik Bischof, *Sturm über Tschetschenien: Russlands Krieg im Kaukasus. Studie zur Außenpolitikforschung*, 65 (1995).

Als Dudajew 1993 die Verfassung in Richtung einer Präsidialautokratie verändern wollte, kam es zum Bruch mit dem Parlament. Tschetschenien spaltete sich politisch und regional zunehmend auf. Der Moment schien günstig für einen russischen Militärschlag, der am 11. Dezember 1994 begann. Während das russische Vorgehen mit massiver Gewalt das kaukasisch-tschetschenische Bild prägte und als „unsinnige Wut“, „Ausdruck eines Urhasses gegen den Freiheitswillen der Tschetschenen“ aber auch als „letztes Aufbäumen eines sterbenden Tieres, eines Schwächlings“ gewertet wurde, begründeten tschetschenische Kriegsherrn wie Schamil Bassajew und Salman Radujew ihren Ruhm als Widerstandshelden. In der russischen Wahrnehmung passten sie in das Bild der „Wilden“, der „fanatischen Muslime“, die vom Ausland unterstützt wurden (bekanntlich rekrutierten sich in den tschetschenischen Reihen auch Kämpfer aus dem Ausland), um Russland zu zerstören.

Zwar wurde der Friedensschluss vom 12. Mai 1997 von russischer Seite offiziell mit den Worten kommentiert, hier werde ein „Krieg von vierhundert Jahren endgültig beendet“, aber die russische Armee zog sich zutiefst gedemütigt aus Tschetschenien zurück. Russische Militärs entwickelten eine Dolchstoßlegende, wonach schwache Politiker und Kapitulanten sie daran gehindert hätten, in Tschetschenien gründlich „aufzuräumen“. Wehmütig wurde an Befugnisse von Kommandierenden des 19. Jahrhunderts erinnert und nach mehr Freiheiten für die Armee gerufen. Bis zum Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges im Herbst 1999 hatte infolge des Zusammenbruchs der Volkswirtschaft und aufgrund von Zerstörung und Vertreibung fast die gesamte russische Bevölkerung die Region verlassen, und auch hunderttausende Tschetschenen waren zu Flüchtlingen geworden. Vor dem Hintergrund materiellen Elends und fehlender Staatlichkeit nahmen Wirtschafts- und Gewaltkriminalität extreme Maßstäbe an: Raubüberfälle auf Gütertransporte, auf Reisende, Viehdiebstähle gerade auch jenseits der Grenzen, illegaler Handel im „zollfreien Transit“ zwischen Russland und den transkaukasischen sowie nahöstlichen Nachbarstaaten (Waffen, Rauschgift, Alkohol, Mädchen, Erdölprodukte) gehörten zum Alltag. Dazu trat die Gefangenenhaltung und Aus-

beutung geraubter Zivilisten, aber auch russischer Soldaten als Sklavenarbeiter.

Die Verhältnisse ähnelten den Berichten von Kaukasus-Reisenden des 18. und 19. Jahrhunderts und belebten in den Köpfen vieler Russen Negativ-Stereotype. Hinzu kam, dass von 1998 an die militant islamistische Komponente der Gegner von Präsident Aslan Maschadow, insbesondere Bassajew, deutlicher hervortrat, worauf Maschadow mit einer „Islamisierung“ der Staats- und Rechtsorgane reagierte. Diese politische Instrumentalisierung des Islam schürte neue Erinnerungen an den „Ghazavat“ unter Imam Schamil, aber vor allem an den verlorenen Feldzug in Afghanistan. Das Trauma von Afghanistan durfte sich in Tschetschenien keinesfalls wiederholen. Noch vor dem 11. September 2001 wurde im Zusammenhang mit den Übergriff tschetschenischer Verbände auf das Territorium Dagestans von „Terroristen“ gesprochen, und der etwa dreiwöchige Dagestankrieg diente Moskau zum Anlass, zum zweiten Mal massiv militärisch in Tschetschenien vorzugehen. Diese Militärkampagne wurde als „Kampf gegen lokale Terroristen und ihre ausländischen Komplizen“ deklariert. Ihr Beginn fiel mit dem Aufstieg Wladimir Putins an die Spitze der Staatsführung zusammen. Putin übertrug 2001 die Leitung der „Anti-Terror-Operation“ vom Verteidigungsministerium an den Inlandsgeheimdienst FSB und 2003 an das Innenministerium. Die Tschetschenen waren nun nicht mehr nur „Abtrünnige“, sondern „Staatsfeinde“ und „Terroristen“. Während die russische Seite mit „Säuberungsaktionen“ und „Sondermaßnahmen“ agierte, trug die Gegenseite durch Selbstmordattentate den Krieg in die russischen Städte.<sup>122</sup>

## Eine alltägliche Bedrohung

Inzwischen ist kaum oder nichts mehr übrig von der leicht anekdotenhaften und ironisierenden Wahrnehmung des Georgiers als sowjetischer „Lebemann und Herzensbrecher“, der Armenier und Aserbajdschaner als „gewiefte Händler“ und der Tschetschenen als „kleine Banditen“ und „widerspenstiges

<sup>122</sup> Obwohl die Mehrzahl der Orte im nordkaukasischen Teil der Russländischen Föderation lagen, wurden Sprengstoffanschläge in Moskau besonders wahrgenommen.



Völkchen“. Das Bild der Kaukasier ist vielleicht so wenig differenziert, wie es noch nie zuvor war. Die Figur des kaltblütigen kaukasischen Freischärlers bestimmt primär die russische Wahrnehmung. Er ist nicht mehr derjenige, der in seinen Bergen und Tälern Unruhe stiftet. Er ist in die russischen Metropolen gekommen, und seine Präsenz wird als alltägliche Bedrohung wahrgenommen.

„Die Kaukasophobie im gesamtrossischen Maßstab verlor endgültig ihren spöttischen Ton und lässt ein allgemeines Konstrukt aus Angst, Verachtung und Bindung hervortreten, ein Konstrukt aus den Zeiten der kaukasischen Kriege.“<sup>23</sup> Dabei wird die russische Sichtweise zunehmend von den Militärs bestimmt, die jeglichen Widerstand als „Terror“ einstufen, dessen Bekämpfung in den Kontext des weltweiten Krieges gegen den Terrorismus nach den Anschlägen des 11. September 2001 rücken, aber auf alte Erklärungsmuster unter der Losung „Alte Waffen, neue Gefahren“<sup>24</sup> zurückgreifen. In einer Sprache der Aggression und der mentalen Aufrüstung werden alte Feindbilder heraufbeschworen und unter einer Vielzahl von Ursachen ausländische Mächte genannt, die für den von Nordkaukasien ausgehenden Terrorismus verantwortlich seien. Mit Hilfe von Verfolgung und Beschränkung jener, die nach Wahrheiten in und über Kaukasien und speziell über die Vorgänge in Tschetschenien suchen und für den Abbau von Feindbildern arbeiten, entstand unter Staatschef Putin ein totalitäres Bild von „Personen kaukasischer Nationalität“, welches an die Stelle der sowjetischen Stereotypen vom „Klassenfeind“ getreten ist.

<sup>23</sup> A. Cuciev, Russkije i kavkazcy: Očerki nezerkal'nych obrazov v svete peljativistskoj teorii nacii, in: <http://svpribor.ru/forum.php> (7. 1. 2004).

<sup>24</sup> Vgl. z. B. A. Takmakov, Oružie staroe, ugrozy novye, in: [www.chekist.ru](http://www.chekist.ru) (8. 5. 2005), Nachdruck eines Artikels aus der Militärzeitschrift „Krasnaja svezda“ v. 26. 2. 2005.

Kennen Sie Mittel- und Osteuropa?

bbp Bundeszentrale für politische Bildung

Ismeri Közép- és Kelet-Európát? Znáte střední a východní Evropu?

Poznáte střední a východní Evropu?

Czy znacie Państwo Europe Środkową i Wschodnią?

Ви знаєте Центральну та Східну Європу? Cunoașteți Europa Centrală și de Est?

**Вы знаете Центральную и Восточную Европу?**

**Die Studienreisen der Bundeszentrale für politische Bildung**

**Europas Osten entdecken**

Infos:

Tel + 49 (0)1888 515-523  
 Fax + 49 (0)1888 515-293  
 moe-studienreisen@bbp.de  
 www.bbp.de/moe-studienreisen

# APuZ

Nächste Ausgabe

12/2006 · 20. März 2006

## Bürgerschaftliches Engagement

*Brigitte Geißel*

Kritische Bürgerinnen und Bürger – Gefahr für Demokratien?

*Thomas Gensicke*

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

*Eckhard Priller · Annette Zimmer*

Dritter Sektor: Arbeit als Engagement

*Reinhard Fatke · Helmut Scheider ·*

*Sigrid Meinhold-Henschel · Martin Biebricher*

Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft

*Holger Backhaus-Maul*

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Ludwig Watzal  
Sabine Klingelhöfer  
Andreas Kötzling (Volontär)  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 36 91-0

### Internet

[www.bpb.de/publikationen/apuz](http://www.bpb.de/publikationen/apuz)  
E-Mail: [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main

### Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81,  
60327 Frankfurt am Main,  
Telefon (0 69) 75 01-42 53,  
Telefax (0 69) 75 01-45 02,  
E-Mail: [parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de),  
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
**APuZ** zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes;

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
des Herausgebers dar; sie dienen  
lediglich der Unterrichtung und  
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Dmitri Stachow*

## 3-6 „Kalaschnikow“ und „Starke Katja“

Mit den neuen Freiheiten im heutigen Russland ist der zwischenmenschliche Umgang offenbar in einer Weise rau geworden, die der russischen Mentalität früher weitgehend fremd war. Der Wodka wie auch das dafür bezahlte Geld wird immer mehr zur Privatangelegenheit, zu etwas Individuellem.

*Lilia Shevtsova*

## 6-13 Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen

Das Hauptproblem der Demokratie in Russland liegt nicht in der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern in der herrschenden Klasse. Wenn Russland weiter in den Autoritarismus hineinschlittert, so geschieht das nicht, weil die Mehrheit der Gesellschaft dies will, sondern weil niemand dem Volk eine überzeugende liberaldemokratische Alternative angeboten hat.

*Roland Götz*

## 14-23 Deutschland und Russland – „strategische Partner“?

Deutschland und Russland befinden sich in einem Prozess der Annäherung, der weit über die wirtschaftliche und außenpolitische Kooperation hinausreicht. Die beabsichtigte „strategische Partnerschaft“ wird ihr Potenzial aber nicht ausschöpfen, solange darunter nur eine Interessenallianz verstanden wird.

*Jutta Scherrer*

## 24-28 Russlands neue-alte Erinnerungsorte

Mit Erinnerungsarbeit im westlichen Verständnis hat der öffentliche Umgang mit Geschichte in Russland nichts gemein. Es geht darum, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion angeschlagene Selbstdarstellung als Großmacht zu rekonstruieren.

*Eva-Maria Auch*

## 29-38 Mythos Kaukasus

Die gegenseitige, vorurteilsbehaftete Wahrnehmung von Russen und Kaukasiern ist noch heute von der Eroberung Kaukasiens und der nationalen Identitätsbildung der Russen bestimmt. Auch die zu beobachtende Tendenz eines wachsenden Nationalismus in Russland lebt vom Mythos Kaukasus.